

**BERND MARTIN**

## Japans Weg in den Krieg

Bemerkungen über Forschungsstand und Literatur  
zur japanischen Zeitgeschichte

## Japans Weg in den Krieg

Bemerkungen über Forschungsstand und Literatur zur japanischen Zeitgeschichte\*

Die Entwicklung des 1853/54 aus seiner selbstgewählten Isolation gewaltsam herausgerissenen und 1868 auf revolutionärem Wege politisch restaurativ umgestalteten Japan in die Moderne war nicht zwangsläufig auf eine Konfrontation mit den westlichen Industrienationen angelegt. Doch ein politisches System, das allein der Erhaltung einer überkommenen, halbfeudalen Gesellschaftsstruktur und damit den Privilegien der herrschenden Oligarchie diene, war auf Grund seiner starren gesellschaftlichen Normen so statisch ausgerichtet, daß es einer sich technisch und sozial wandelnden Welt inflexibel gegenüberstehen mußte. Der Antagonismus zwischen äußerer Modernisierung und der traditionellen, auf hierarchischen Gruppen- bzw. Familienbindungen basierenden Sozialordnung wurde mit der Meiji-Restauration begründet, die Industrialisierung und nationale Geschlossenheit hinter dem göttlichen Kaiserhaus als funktionale Mittel begriff, um sich gegen die Suprematie der weißen Barbaren zu behaupten und deren technischen Entwicklungsvorsprung einzuholen. Der innergesellschaftliche Konflikt wurde so von Anfang an internationalisiert; innerjapanische Spannungen mußten direkter als bei anderen westlichen Staaten in die außenpolitischen Aktionen der Regierung durchschlagen. Die Interdependenz, ja völlige Untrennbarkeit von Innen- und Außenpolitik gilt es daher als grundlegendes Wesensmerkmal für den politischen Kurs des kaiserlichen Japan festzuhalten.

Nicht die Politik einzelner führender Persönlichkeiten oder dominierender Gruppierungen, etwa des Militärs, trieb Japan 1941 in den Pazifischen und somit weltweiten Krieg, sondern das komplexe Geflecht von innergesellschaftlichen Prozessen, ihrem Niederschlag in der Außenpolitik und deren Rezeption im internationalen System der Großmächte wirkte bestimmend auf die Politik Tokios und den Kurs zum Kriege. Zeitgenössische Betrachter, Politiker wie Historiker, vermochten die Komplexität der japanischen Eigenentwicklung in den seltensten Fällen zu verstehen, sondern waren, ob Japaner oder »Weiße«, nur zu geneigt, von westlichen zwischenstaatlichen Normen und Begriffsmodellen her zu urteilen. Unter dem Eindruck des amerikanischen Sieges und der Kriegsverbrecherprozesse herrschte diese Perspektive auch in der unmittelbaren Nachkriegsliteratur vor. Erst die allmähliche zeitliche Distanz, in welcher der Pazifische Krieg von Japanern weitgehend als fatum, von Amerikanern hingegen immer häufiger als Fehler verstanden wird, führte auch in der wissenschaftlichen Literatur zu einer differenzierteren Betrachtungsweise.

Die im Bereich der japanischen Zeitgeschichte dominierende amerikanische Literatur behandelt je nach unterschiedlichen methodischen Ansätzen und Erkenntniszielen verschiedene Problemfelder und gelangt in zentralen Fragen häufig zu höchst kontroversen Aussagen. In den sozialwissenschaftlichen Forschungen wird der Grad der determinierten Entwicklung einer »verspäteten« Nation gern mit Hilfe von Modernisierungstheorien bestimmt. Die Diskussion über die Zwangsläufigkeit und den etwaigen Modellcharakter des japanischen Weges zur Industriegesellschaft setzt jedoch zu häufig die liberal-kapitalistische Wirtschaftsordnung des Westens und die demokratische Regierungsform als Maßstäbe voraus für den durch Krieg oder mit friedlichen Mitteln erzwungenen Weg aller Länder in die Moderne. Die soziale Determiniertheit eines historischen Prozesses kann nicht mit Hilfe eines angelsächsischen Idealtypus erfaßt werden, sondern die Vorbestimmtheit der Entwicklung Japans sollte allein an dessen eigener Geschichte abgeleitet werden. Am besten vermag eine strukturgeschichtliche Betrachtungsweise, die den Prozeßcharakter betont, nicht aber dessen Determiniert-

KA  
74

2437

9.

Universitäts-  
Bibliothek  
Eiburg i. Br.

KA

74

2437

9.

heit, den sozialwissenschaftlichen mit dem traditionell historischen Ansatz zu kombinieren und plausible Erklärungen für die soziale Verwurzelung einer wie im Falle Japans repressiven Politik im Inneren und Aggression nach Außen anzubieten. Der begrenzte und sich im Laufe der 30er Jahre weiter verengende Entscheidungsfreiraum der politischen Führungsgruppen war primär durch gesellschaftliche Zwänge einer oligarchisch geführten, hierarchisch gegliederten Gruppengesellschaft vorgegeben. Erst in zweiter Linie wirkten die Zwänge des internationalen Mächtesystems auf die politischen Entscheidungen Tokios ein. Wenn die historischen Sozialwissenschaftler auch den strukturell-gesellschaftlich bestimmten Entwicklungsprozeß betonen und dabei keine exakten zeitlichen Zäsuren setzen können, so wird doch allgemein für Japan der Abschnitt vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis Mitte der 20er Jahre oder auch über die Wirtschaftskrise hinaus bis 1931/32 als eine Zeit rasanten wirtschaftlichen Wachstums und damit verbundenen einschneidenden gesellschaftlichen Wandels verstanden. Die sogenannte »Taisho-Demokratie«<sup>1</sup> vermochte weder im Inneren mit den wachsenden gesellschaftlichen Spannungen fertig zu werden, noch Japan außenpolitisch als gleichrangige Großmacht zu etablieren, so daß dieser Zeitraum als vorbereitende Phase für die Entwicklung Japans zum autoritären Staat und einen auf Krieg zielenden außenpolitischen Kurs gelten kann.

Trotz des unverzichtbaren Erkenntniswertes historisch-sozialwissenschaftlicher Studien überwiegen zahlenmäßig Abhandlungen zur japanischen Außenpolitik bzw. zu dem Problemfeld Japan in den internationalen Beziehungen. Die Brücke zwischen gesellschaftlichen Fall- und Feldstudien und Werken zur auswärtigen Politik läßt sich wohl in der Forschung nicht immer schlagen; dennoch hat sich die starre Trennungslinie zwischen Innen- und Außenpolitik gerade entsprechend der Struktur des Kaiserreiches in jüngeren Forschungen stark verwischt. Auch von einem sozialgeschichtlich eingebundenen außenpolitischen Ansatz bezeichnet das Jahr 1931 einen tiefen Einschnitt in der japanischen Geschichte. Mit der Besetzung der Mandschurei wurde das in Versailles begründete System der internationalen Nachkriegsordnung zerschlagen und in Japan selbst die innenpolitische Radikalisierung eingeleitet. Japans Weg in den Krieg begann daher nach der vorbereitenden Phase der Taisho-Ära endgültig mit dem von japanischen Truppen am 18. September 1931 inszenierten Zwischenfall von Mukden.

Ob die im Sommer 1937 in China ausgebrochenen Kampfhandlungen oder der japanische Angriff auf Pearl Harbor den Eintritt Japans in den Krieg markieren, läßt sich weder mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Literatur noch konventioneller diplomatiegeschichtlicher Darstellungen eindeutig entscheiden. Für die These des bekanntesten amerikanischen Japanhistorikers Edwin O. Reischauer, der Zweite Weltkrieg habe am 7. Juli 1937 in China begonnen<sup>2</sup>, lassen sich eine Reihe stichhaltiger Belege finden: Die Militarisierung der gesamten Nation, Kriegsmobilmachungsgesetze, die vollständige Ausrichtung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion und die mit der Aggression gegen China endgültig vollzogene Selbstisolation Japans im Kreise der Mächte kennzeichnen die Situation eines Kriegszustandes. Obwohl der chinesisch-japanische »Konflikt«, wie er in der offiziellen japanischen Terminologie verharmlost wurde, sich in die Konflagration Japan/USA ausweitete und dadurch 1941 in den Weltkrieg hineinwuchs, sollte doch eine zu stark auf Ostasien zentrierte Perspektive hinter einen universalen Blickwinkel zurücktreten und die Faktoren Hitler und nationalsozialistisches Deutschland als die eigentlichen Urheber des letzten weltweiten Krieges höher veranschlagen. Das Zusammenwachsen des europäischen Krieges mit dem lokalen, auf China beschränkten Konflikt geschah erst im Sommer 1940 auf der Grundlage einer vermeintlichen deutsch-japanischen Interessenkongruenz, die sich allerdings nie in eine gemeinsame Politik der Koalitionskriegführung erweitern ließ. Japan befand sich

ab Juli 1937 zwar im Kriegszustand, in einem gewissermaßen mit der »linken Hand« geführten Krieg, aber der entscheidende Waffengang gegen die Westmächte wurde erst im Dezember 1941 durch die japanischen Angriffe eingeleitet. Die Zäsur des Jahres 1937 läßt sich daher von einer auf Ostasien, insbesondere China, konzentrierten Sichtweise her rechtfertigen, nicht indes von einem allgemeinhistorischen Standpunkt. Auch die wissenschaftliche Literatur neigt daher stärker dazu, das Jahrzehnt von 1931 bis 1941 als eine geschlossene Epoche zu bewerten und den Ausbruch des Krieges mit China als innere sowie äußere Eskalation einzustufen. Wenn der vorliegende Bericht über Literatur und Forschungsstand zur jüngsten japanischen Geschichte dennoch das Jahr 1937 als abschließendes Datum setzt, so geschieht dies im wesentlichen unter arbeitsökonomischen Gesichtspunkten. Die Fülle der Neuerscheinungen zur japanischen Zeitgeschichte läßt sich nicht in einem Literaturbericht bewältigen, so daß eine Aufteilung geboten erschien. Das Jahr 1937 soll dabei nicht als starre Grenze gelten, sondern lediglich den Wendepunkt zwischen der kriegsvorbereitenden Phase und der tatsächlichen Kriegführung markieren. Die auch über dieses Datum hinausgreifende Literatur wird entsprechend ihrem Schwerpunkt entweder diesem Bericht zugeordnet oder in einen geplanten anschließenden über »Japan im Krieg« aufgenommen.

Besser als alle inhaltliche Einzelkritik der wenigen deutschsprachigen Veröffentlichungen zur Vorkriegsgeschichte Japans verdeutlicht die Tatsache, daß vor nunmehr über 15 Jahren der letzte deutsche Literaturbericht über Japan erschien<sup>3</sup>, die wohl nicht mehr aufzuholende Rückständigkeit der zeitgeschichtlichen Japanforschung in Deutschland. Trotz verhältnismäßig guter Ausstattung der westdeutschen Universitäten mit japanologischen Professuren<sup>4</sup> können sich die deutschen Forschungen zur modernen Geschichte Japans nicht dem internationalen Vergleich stellen; gemessen an den Leistungen der amerikanischen Japanologie haben sie fast kein Gewicht. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf Schrifttum in westlichen Sprachen und können schon deswegen dem Anspruch auf Vollständigkeit nicht genügen. Die Auswahl der angezeigten Publikationen erfolgte unter dem Gesichtspunkt ihrer zeitgeschichtlichen Relevanz und möglichen Verwendung für vergleichende Untersuchungen, sei es zum Modernisierungsprozeß allgemein, zur Parallelität der deutsch-japanischen Entwicklung im besonderen oder speziell zum Phänomen des Faschismus. Amerikanische Arbeiten werden dabei schon wegen ihrer Zahl im Vordergrund stehen müssen, ihre Gewichtung wird ebenfalls von Kriterien des aktuellen Forschungsstandes diktiert. Das wenige deutschsprachige Schrifttum soll einschließlich wichtiger Aufsätze möglichst vollständig vorgestellt werden. Dem Charakter des Berichts als einer notwendigen Bestandsaufnahme entspricht es, wenn eingangs auch Bibliographien, Quellenwerke, Gesamtdarstellungen und Sammelwerke angezeigt werden, um auch dem interessierten Laien einen Zugang zur japanischen Geschichte zu weisen. Die im folgenden vorgestellte speziellere Literatur, Forschungsberichte, Analysen des Gesellschafts- und Regierungssystems, Schriften zur Parteiengeschichte, zur politischen Einflußnahme der Militärs sowie die Vielzahl der Abhandlungen zur Außenpolitik und am Schluß einige Annotationen zur wirtschaftlichen Entwicklung, sollte den Nicht-Japanologen, den Fachhistoriker oder Sozialwissenschaftler ermuntern, sich stärker Themen der japanischen Geschichte zuzuwenden, und die Japanologie als die berufene Fachinstanz aus ihrem philologischen Reservat herausfordern, sich dem internationalen Standard anzupassen und auch in der Bundesrepublik exaktes Wissen über das moderne Japan zu verbreiten helfen.

## Bibliographien und Nachschlagewerke

Der vom Nestor der deutschen Japanologie Horst Hammitzsch<sup>5</sup> letztmals 1962 vorgelegte Literaturbericht<sup>3</sup> zur japanischen Geschichte umfaßt in repräsentativer Auswahl das zwischen 1945 und 1956 erschienene Schrifttum zu allen Epochen, von der Frühgeschichte bis zur Nachkriegsentwicklung. Der Schwerpunkt der in der Kritik bisweilen zu maßvollen Bestandsaufnahme liegt auf dem Zeitraum vor der Meiji-Restauration (1868). Für die häufig nur in geringen Auflagenhöhen erschienene und teilweise zu Unrecht vergessene oder aus heutiger revisionistischer Sicht gern übergangene Literatur der unmittelbaren Nachkriegszeit vermittelt der Bericht auch im Sektor Zeitgeschichte einen unverzichtbaren Überblick.

Von der ehemals führenden Position der deutschen Japanologie zeugt eine 1970 nachgedruckte sechsbändige Bibliographie, die das gesamte in europäischen Sprachen zwischen 1906 und 1937 erschienene Schrifttum über Japan enthält. Zeitgenössische Literatur, insbesondere japanische, häufig ins Englische übersetzte Rechtfertigungsschriften über das Vorgehen in China und das zum autoritären Staat gewandelte Verständnis der Meiji-Verfassung von 1889, läßt sich am einfachsten in den Bänden 5 und 6 dieses von Oskar Nachod begonnenen und von Hans Praesent und Wolf Haenisch fortgesetzten bibliographischen Standardwerks<sup>6</sup> auffinden.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung Japans liegen zwei in der Qualität unterschiedliche Spezialbibliographien aus jüngster Zeit vor. Die von Heide und Udo Ernst Simonis<sup>7</sup> zusammengestellte Auswahl enthält keinerlei kritische Hinweise zu den kompilierten Titeln und ist für den Historiker lediglich im Bereich der Meiji-Zeit von begrenztem Wert. Umfassender und in der Zusammenstellung weit ausgewogener ist die von dem Japaner Kazuko Ono<sup>8</sup> herausgegebene Bibliographie, die sich nicht auf volkswirtschaftliche Studien beschränkt, sondern in ihrer Auswahl der politisch-sozialen Dimension des forcierten wirtschaftlichen Aufstiegs Japans zur führenden Industrienation gerecht wird. Allgemein über Neuerscheinungen, teilweise auch über ältere Titel, und über neue Zeitschriftenaufsätze informieren recht zuverlässig die seit über 13 Jahren erscheinenden, inzwischen viermal jährlich herausgegebenen Listen der Neuerwerbungen des Hamburger Instituts für Asienkunde<sup>9</sup>. Die beiden von der Dokumentationszentrale dieses Instituts vorgelegten Auswahlbibliographien »Die deutsch-asiatischen Beziehungen in neuerer Zeit« und »Modernisierung und sozialer Wandel in Asien«<sup>10</sup> berühren Japan, sind aber zu stark auf die Zeit nach 1945 ausgerichtet. Die Bibliothek des Instituts verfügt, in vielen Fällen als einzige in der Bundesrepublik, über seltene Literatur und darf für sich in Anspruch nehmen, die vollständigste Sammlung japanischer zeitgeschichtlicher Titel in Deutschland zu beherbergen.

Ein zuverlässiges Nachschlagewerk oder Handbuch über das moderne Japan in deutscher Sprache, etwa vergleichbar dem von der Fachwelt wie von der breiten Öffentlichkeit positiv aufgenommenen China-Handbuch<sup>11</sup>, stellt das einschneidendste Desiderat der Forschung dar. Das letztmals von einem der Wegbereiter der deutschen Japanologie, Martin Ramming<sup>12</sup>, 1941 herausgegebene Nachschlagewerk der Japankunde hat für den Neuhistoriker keinen Informationswert mehr. Das ursprünglich als Handbuch konzipierte und in Fachkreisen lang erwartete Standardnachschlagewerk, das Horst Hammitzsch<sup>13</sup> besorgen sollte, verkümmerte zu einer gewöhnlichen Landeskunde, die stärker die Forschungsinteressen des Bochumer Ostasieninstituts widerspiegelt als das moderne Japan. Der Schwerpunkt liegt auf der Geistes- und Kulturgeschichte vor 1868; die moderne politische Geschichte und die wirtschaftliche Entwicklung werden auf wenigen Seiten abgehandelt.

## Quellenwerke

Als beste und umfassendste Anthologie zur japanischen Geschichte, mit starkem Akzent auf der geistesgeschichtlich-religiösen Entwicklung, steht das annähernd 1000 Seiten umfassende Werk von Ryusaku Tsunoda, Wm. Theodore de Bary und Donald Keene<sup>14</sup> da. Dem modernen Japan ist der Teil 5 des Buches gewidmet, in dem unter übergeordneten Gesichtspunkten zentrale Quellen, entweder amtlichen Ursprungs oder aus der Feder politischer Theoretiker, mit einer kurzen Einführung versehen abgedruckt sind. Dem revolutionären Nationalismus und der von ihm unterjochten Arbeiterbewegung sind eigene Kapitel gewidmet, die sich durch eine repräsentative Quellenauswahl auszeichnen.

Ebenfalls den gesamten Zeitraum umfaßt die wesentlich kürzere, zweibändige Dokumentensammlung, die David John Lu<sup>15</sup> herausgegeben hat. Sie greift über die amerikanische Besatzungszeit bis 1968, der 100. Wiederkehr der Meiji-Restauration, aus und bemüht sich um einen chronologisch durchgehenden Abriss der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Die meist gekürzt wiedergegebenen Quellen werden prägnant eingeführt und mit wenigen, auf weiterführende Literatur verweisenden Fußnoten kommentiert. Den Nicht-Spezialisten wird der von Jon Livingston, Joe Moore und Felicia Oldfather<sup>16</sup> zusammengestellte »Reader« am ehesten ansprechen. Von den zwei Bänden umfaßt der erste den Zeitraum von 1800 bis zur Niederlage 1945. In ihm werden in vier der Chronologie folgenden Abschnitten neben einigen Quellen im wesentlichen Auszüge aus zeitgenössischem, auch belletristischem Schrifttum und der neuesten wissenschaftlichen Standardliteratur wiedergegeben. Der letzte Teil (Depression, Militarismus und Krieg 1929–1945) bietet auf etwa 150 Seiten den besten sozialgeschichtlichen Querschnitt des Schrifttums über das militarisierte kaiserliche Japan.

Allen drei Dokumentationswerken gemeinsam ist die starke Konzentration auf den innerpolitischen Prozeß der Radikalisierung bei Vernachlässigung der außenpolitischen Folgen. Obwohl keiner der Bände weiterführende Spezialliteratur auflistet, liegt mit diesen Quellen eine repräsentative und für den akademischen Lehrbetrieb sowie zur einführenden Information voll ausreichende Sammlung vor.

## Gesamtdarstellungen

Alle deutschsprachigen Gesamtgeschichten über Japan, ob sie mit der Urzeit einsetzen oder sich auf die moderne Entwicklung konzentrieren, sind im wesentlichen veraltet und können modernen methodischen Ansprüchen kaum genügen. Bis auf zwei Werke handelt es sich bei allen Geschichten des Kaiserreiches um Übersetzungen ausländischer, populärwissenschaftlicher Abhandlungen. Der einzige deutsche Versuch einer Gesamtdarstellung, den Hans A. Dettmer<sup>17</sup> unternahm, hinterläßt beim Leser den Eindruck, daß der wesentliche Grundzug der Geschichte Japans Mord und Totschlag gewesen seien. Diese reine Herrschergeschichte breitet eine verwirrende Fülle von Daten und Fakten aus. Hingegen entfallen sämtliche anderen Bereiche wie Kultur-, Religions-, Geistes- und selbstverständlich auch Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Der Abschnitt über die Neuzeit ist nicht nur wegen der Kürze der Darstellung, sondern auch wegen der veralteten Literaturangaben und einiger Fehler nicht einmal von informativem Wert. In der vorliegenden Fassung vermittelt das kleine Buch, vom Reihentitel her als Einführung konzipiert, ein irriges Bild und sollte für eine Neuauflage vollständig überarbeitet werden.

Ebenfalls unbefriedigend, zumindest für den Bereich der Neuzeit, bleibt die umfassende Darstellung des französischen Japanologen Roger Bersihand<sup>18</sup>. Obwohl der modernen Geschichte Japans über die Hälfte des Buches gewidmet ist und neben den

politischen Ereignissen auch die Aspekte Kunst, Geographie, Literatur und Wirtschaft gebührend berücksichtigt werden, bleibt die Abhandlung in einer positivistischen Ereignisgeschichte stecken und verfällt nicht selten einem apologetischen Grundtenor. Wenn bei der Beschreibung der Mandschurei-Krise lediglich die damalige offizielle japanische Version übernommen wird und der Konflikt mit China einem überspannten chinesischen Nationalismus angelastet wird, so verfällt der Verfasser der zeitgenössischen imperialistischen Rechtfertigungsideologie und spiegelt dabei die amtliche französische Ostasienpolitik der Vorkriegszeit wider, die um des Bewahrens eigener kolonialer Präferenzen in China geneigt war, dem imperialistischen Neuling Japan weitgehende Konzessionen einzuräumen<sup>19</sup>.

Ausgewogener im Urteil und vertiefter in der Interpretation bietet sich das zunächst auf Deutsch erschienene Buch des amerikanischen Japanologen John Whitney Hall<sup>20</sup> als brauchbare Gesamtgeschichte an, die den Forschungsstand adäquat wiedergibt. Die revisionistische Wendung der amerikanischen Japanhistoriker unter dem Eindruck des Krieges in Vietnam kündigt sich bei Hall an, wenn dem japanischen Herrschaftssystem alle faschistischen oder totalitären Züge abgesprochen werden und statt dessen vom selbstlosen, heiligen Krieg eines Verteidigungsstaates gesprochen wird. Das Verdienst, die gelungenste und in der angelsächsischen Welt zugleich bekannteste Gesamtgeschichte Japans verfaßt zu haben, fällt dem in Harvard tätigen renommiertesten amerikanischen Japanologen Edwin O. Reischauer<sup>2</sup> zu. Unermüdlich hat Reischauer als »säkularisierter Missionar«, ob in der Position eines Geschichtsprofessors, eines Übersetzers oder eines Diplomaten<sup>21</sup>, für ein besseres Verständnis des fernöstlichen Kaiserreiches in der Welt des Westens gearbeitet und seine reichhaltigen persönlichen Erfahrungen und Forschungen in den insgesamt sechsmal überarbeiteten Abriß einer Geschichte Japans<sup>22</sup> eingebracht. In einer wohlausgewogenen Anordnung, zwei Drittel des Buches sind der Zeit nach 1868 gewidmet, wird mit einem Höchstmaß an Einfühlungsvermögen der aktuelle Stand der sozialwissenschaftlichen und diplomatiegeschichtlichen Forschungen reflektiert; die Wertung fällt indes ohne Anklage und ohne Apologie – bisweilen etwas zu allgemein – aus.

An Geschichten des modernen Japan liegen nicht sehr geglückte deutsche Übersetzungen zweier allgemein gehaltener und inzwischen recht veralteter englischer Werke vor. Beide Darstellungen umgreifen den Zeitraum von etwa 1800 bis 1960 bzw. 1970 und konzentrieren sich auf die Zeit vor dem Pazifischen Krieg und die Periode des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs nach 1945. Der Oxforder Japanhistoriker Richard Storry<sup>23</sup> legte eine populär gehaltene, traditionelle Darstellung vor, in der soziale Strukturen, das politische System und ökonomische Faktoren kaum behandelt werden. Hingegen wurde die 1964 erschienene deutsche Ausgabe einer Geschichte des modernen Japan, von Storrys Londoner Kollegen William G. Beasley<sup>24</sup> verfaßt, in der englischen Ausgabe inzwischen überarbeitet, so daß es die frühere deutsche Fassung und das Werk Storrys übertrifft. Britische Historiker können, frei von der Verpflichtung, das nationale Geschichtsverständnis zu revidieren, die Schuldfrage weniger emotional abwägen als ihre amerikanischen Partner und den japanischen Militärs die ihnen zukommende Verantwortung für die Kriegspolitik offen zuschreiben und dabei auch – wie Beasley – auf die soziale Verwurzelung der Usurpation der Macht durch die Armee hinweisen.

Als brauchbares einführendes Werk in die Geschichte des Fernen Ostens, verstanden als China und Japan, erweist sich das Taschenbuch des Münchner Politologen Gottfried-Karl Kindermann<sup>25</sup>. Zwar sind die Abschnitte über China dem Verfasser besser gelungen als die über das japanische Inselreich. Aber das Werk sprengt den oft zu engen Rahmen einer Nationalgeschichte und erklärt innenpolitische Ereignisse vor dem groben Raster der internationalen Beziehungen. Der japanisch-chinesische Antago-

nismus als grundlegendes und durchgängiges Problem der jüngsten Geschichte Ostasiens wird mit diesem Ansatz besser erfaßt als in den meisten national begrenzten Monographien.

Aus der Fülle der Reportagen und Bestandsaufnahmen über das heutige Japan, die nicht selten unkritischer Schwärmerei oder wirtschaftspolitischem Konkurrenzneid verfallen, sollen lediglich drei Werke angezeigt werden. Das Buch des Journalisten Hans-Wilhelm Vahlefeld<sup>26</sup>, obwohl inzwischen nicht mehr auf dem neuesten Stand, darf noch immer als ausgewogene und beste deutschsprachige Abhandlung gelten. Demgegenüber hat ein annähernd lebenslanger Aufenthalt in Japan Helmut Erlinghagen<sup>27</sup> den kritischen Blick für seine Wahlheimat verstellt. Langatmig, voller Wiederholungen und ohne wissenschaftliche Literatur gearbeitet, bietet das Buch subjektive Impressionen, aber keine Analysen. Mit ebenso großem Verständnis und Wissen, aber dennoch mit dem kritischen Auge eines wachsamen Beobachters hat der Amerikaner Frank Gibney<sup>28</sup> die wohl zur Zeit beste und für die Gesellschaftsstruktur äußerst informative Studie über das heutige Japan verfaßt, die allerdings wie die beiden deutschen Darstellungen auch nicht als wissenschaftliches Werk eingestuft werden sollte. Wenn Japan noch immer nicht, wie Gibney resümiierend feststellt, seine Isoliertheit überwunden hat und sich anschickt, im Bereich der Wirtschaftspolitik dieselben Fehler zu machen, die einst von den Militärs und Politikern begangen wurden, so zeugt dies von einer statischen sozialen Grundordnung, in der bei allem technischen Fortschritt nach wie vor das Kollektiv vor individueller Entfaltung obwaltet und irrationale Vorstellungen und nationale Mythen gedeihen.

#### Forschungsstand

Die Unfähigkeit der Japaner, ja Unmöglichkeit, westliche Technik und westliche Normen mit ihren eigenen traditionellen Wertmustern und ihren sozialen Strukturen in Einklang zu bringen – dieser vergebliche Versuch einer Quadratur des Kreises –, findet in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vorkriegs- und Kriegsgeschichte seine Entsprechung. Eine der deutschen vergleichbare »Bewältigung der Vergangenheit«<sup>29</sup> hat in Japan nicht stattgefunden – eher schon eine kollektive Verdrängung, die erst in den letzten Jahren mit dem Ableben der ehemaligen Führungsschicht einzeln aufgebrochen wird. Die Beobachtungen, die der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel<sup>30</sup> 1966 bei einem Besuch Japans über die dortige Zeitgeschichtsforschung angestellt hat, werden durch den Bericht von Martin Broszat<sup>31</sup> im wesentlichen 1974 bestätigt. Eine militärtechnische Betrachtungsweise des Kriegsverlaufs, personalistische, häufig an »Kriegsverbrechern« wie Konoe und Tojo orientierte Sichtweise und eine auflagenstarke Memoirenliteratur kommen dem Sensationsverlangen stärker entgegen, als daß sie wissenschaftlichen Kriterien und Fragestellungen genügen. Weder liegt eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung des Pazifischen Krieges<sup>32</sup> aus japanischer Feder noch ein zusammenfassendes Werk über die innenpolitische Entwicklung der 30er Jahre vor. Die weitgehend ungebrochene Kontinuität der alten sozialen und politischen Eliten über das Jahr 1945 hinaus war viel stärker als in Deutschland und verhinderte eine Distanzierung von Politik und Gesellschaft der Vorkriegszeit. Statt dessen zieht es die japanische historische Sozialwissenschaft vor, sich der deutschen Geschichte zuzuwenden und den Nationalsozialismus zu »bewältigen«. Dabei herrschte unter dem Eindruck der oktroyierten Nachkriegsdemokratie oft ein sozio-ökonomischer marxistischer Ansatz vor, der wie Okio Murase<sup>33</sup> für seine eigene Person konstatiert, erst in jüngster Zeit einer strukturgegeschichtlichen, die Kontinuitätsfrage aufgreifenden Sicht gewichen ist. Den Stand der japanischen diplomatiegeschichtlichen Forschungen zur unmittelbaren Vorkriegszeit hat Masaki Miyake<sup>34</sup> ge-



wissermaßen als Vorüberlegungen zu seinem inzwischen in Japan erschienenen Werk über den Dreimächtepakt<sup>35</sup> dargelegt. Mit diesem 1975, 30 Jahre nach Kriegsende verlegten Buch existiert erstmals eine japanische wissenschaftliche Arbeit zu einem für die Kriegspolitik Tokios zentralen Problem, auch wenn der Verfasser ganze Parteien aus deutschen Publikationen wiedergibt und durch das diplomatische Geflecht nicht auf die politisch bestimmenden Faktoren stößt.

Einen guten Abriss zur Entwicklung der japanischen Zeitgeschichtsforschung in den USA seit 1945 und deren Wechselverhältnis zu der durch häufige Gemeinschaftsprojekte herausgeforderten Entwicklung in Japan selbst bietet die Einführung des an der New Yorker Columbia Universität tätigen Historikers James William Morley<sup>36</sup>. Bisweilen neigt die amerikanische Japan-Historiographie in Ermangelung einer ernstzunehmenden Herausforderung durch andere westliche Forschungen dazu, die Entwicklung Japans und insbesondere die auf Krieg zielende Politik der Tokioter Regierung als Problem eines bilateralen amerikanisch-japanischen Fehlverhaltens verkürzt zu erfassen. Doch deutsche Forschungen zur jüngsten japanischen Geschichte lassen schon wegen der geringen Zahl gar nicht erst eine summarische Betrachtung von Entwicklungstendenzen zu.

### Sammelwerke

Auf gemeinsame japanisch-amerikanische Tagungen berufener Spezialisten geht das wohl gelungenste Gemeinschaftsprojekt eines sechsbändigen Sammelwerkes zurück, das unter der Leitfrage von der »Modernisierung Japans« weitgehend alle sozialgeschichtlichen Aspekte der japanischen Entwicklung von der auslaufenden Tokugawa-Zeit bis in die 60er Jahre hinein erfaßt. Obwohl sich die einzelnen Bände zuweilen thematisch etwas überschneiden, müssen sie wegen ihrer herausragenden Bedeutung dennoch einzeln vorgestellt werden.

Das erste, von Marius B. Jansen<sup>37</sup> herausgegebene Buch geht auf 1960 bzw. 1962 abgehaltene Symposien japanischer und amerikanischer Sozialwissenschaftler zurück. Die geistigen, ideologischen Prämissen der Modernisierung, das kulturelle Erbe der Vergangenheit in der Konfrontation mit westlichen Normen und das Verhalten der Individuen bzw. Gruppen stehen im Mittelpunkt der insgesamt 14 Beiträge. Zu Recht werden in diesem Eröffnungsband nicht die sozio-ökonomischen Vorausbedingungen der Industrialisierung aufgezeichnet, sondern jene kulturell prägenden Traditionen herausgestellt, die sich als stärkstes retardierendes Moment erweisen sollten und wesentlich dazu beitrugen, daß Führung und Volk im Erbe der Vergangenheit bis 1945 gefangen blieben. Beachtenswert sind u. a. die Ausführungen des geachteten japanischen Soziologen M. Maruyama<sup>38</sup> über den fehlgeschlagenen Versuch individueller, durch Technisierung bedingter Selbstfindung, der in einer dem Japaner unerträglichen Selbstisolation endete und ihn Zuflucht nehmen ließ in der nationalen Gemeinschaft als Ersatz für gesprengte Familien- und Gruppenbindungen.

William W. Lockwood<sup>39</sup>, ein hervorragender Sachkenner der japanischen Wirtschaftsgeschichte<sup>40</sup>, betreute den zweiten Band über die vom Staat geförderte und stets funktional politisch eingesetzte Wirtschaftsentwicklung Japans zur heutigen drittstärksten Industrienation der Welt. Ein Teil der Aufsätze gelangt indes inhaltlich über eine immanent wirtschaftsgeschichtliche Deskription nicht hinaus und verfremdet mit Zahlen- und Schaubildern die politisch-soziale Realität. Sicherlich hat es in Japan eine Wachstumsrate und technische Innovation im landwirtschaftlichen Sektor gegeben, doch wurde in keinem anderen Industriestaat die Modernisierung so rücksichtslos auf dem Rücken der Landbevölkerung ausgetragen – war diese doch zumindest in der Meiji-Zeit der einzige Steuerzahler. Dies führte zu einer unvorstellbaren

Verelendung auf dem Lande mit der späteren politisch-fanatischen Radikalisierung. Auch wenn sich im kaiserlichen Japan ein Binnenmarkt nachweisen läßt, so blieb die Kaufkraft der Bevölkerung doch unzureichend. Dieser von der Großindustrie, den Familienholdinggesellschaften der Zaibatsu, bewußt herbeigeführte Zustand bewirkte – ebenfalls nicht unbeabsichtigt – eine wirtschaftsimperialistische Aggressionspolitik, die erstmals in den berüchtigten »21 Forderungen« an die geschwächte chinesische Zentralmacht von 1915 durchbrach und sich ab 1931 gewaltsam auf dem asiatischen Festland ihren Weg bahnte. Der Beitrag über die japanische Unternehmerschaft von Yasuzo Horie<sup>41</sup> und der aufschlußreiche von D. Landes<sup>42</sup> gelieferte Vergleich der Industrialisierung Japans mit der Deutschlands dürften am ehesten das Interesse deutscher Sozialwissenschaftler finden.

Besser als Landes zeigt indessen R. Bendix<sup>43</sup> die Grenzen der Vergleichbarkeit der deutschen mit der japanischen Entwicklung und weist die Modernisierungstheorien in ihre Schranken. Retrospektive Determinanten lehnt Bendix ab; die vorgegebenen Parameter der Entscheidungen seien nur von der Geschichte des jeweiligen Landes her zu begreifen. Diese Maxime, nicht die Wirtschaft sei der Nabel der gesamten Modernisierung, sondern gesellschaftliche Strukturen und Kräftegruppierungen wirkten bestimmend, durchzieht die übrigen Beiträge des dritten, von dem englischen Sozialhistoriker Ronald P. Dore<sup>44</sup> herausgebrachten Bandes.

Der politischen Entwicklung, Problemen des Nationalismus, der Staatsstruktur, der Administration und der Interessenverbände ist der vierte, von Robert E. Ward<sup>45</sup> edierte Sammelband gewidmet. Überzeugend vermag A. M. Craig<sup>46</sup> nachzuweisen, daß die ideologischen Grundlagen des modernen japanischen Nationalismus aus einer Abwehrhaltung dem Westen gegenüber bereits vor dem chinesisch-japanischen Krieg von 1895 gelegt wurden. Daß Personen, wie z. B. der berühmteste Pädagoge und Philosoph der Meiji-Zeit, Y. Fukuzawa, zunächst von den freiheitlichen Ideen des Westens angezogen waren und diese in Japan propagierten, sich jedoch aus Enttäuschung über den westlichen Materialismus bald auf das im Mittelpunkt der Nation stehende japanische Kaiserhaus besannen und damit die japanische Sonderrolle begründeten – dieser Wandel sollte sich auch in der nächsten Generation, z. B. bei dem in den USA aufgewachsenen späteren Außenminister (1940/41) Matsuoka, nur noch viel schneller und drastischer vollziehen. Der Beitrag von K. Tsuji<sup>47</sup> zum japanischen Prinzip der Entscheidungsfindung, ringisei, liefert geradezu den Schlüssel zum Verständnis leerer politischer Phrasen der Vorkriegszeit und der Unfähigkeit der Regierenden zum Kompromiß. Dieses System des »unterwürfigen Herausfindens der Absichten des Vorgesetzten« bewirkte, daß ein von unteren Chargen entworfenes Dokument langsam mit Zustimmung oder leichten Abänderungen aller Betroffenen nach oben zirkulierte. Politik nach dem westlich rationalen Prinzip der von oben ausgegebenen Weisung und deren rascher Befolgung durch die Untergebenen war mit der japanischen Gruppen-Sozialordnung unvereinbar.

Mit dem Anwachsen eines nationalen Bewußtseins und dem Verharren in feudalen Kommunikationsriten ging eine Rückbesinnung auf die Einzigartigkeit der japanischen Kultur einher. Diesen Prozeß kultureller Identitätsfindung angesichts westlicher Überfremdung untersucht der fünfte, von dem Harvard-Kulturhistoriker Donald H. Shively<sup>48</sup> herausgegebene Band. Nach anfänglicher grenzenloser Begeisterung für die westliche Kultur und deren äußere modische Attribute setzte alsbald eine Restauration ein, die im Bereich des Bildungswesens vom Kaiserhaus gefördert wurde und nach Übernahme der preußischen Bildungsstrukturen diese inhaltlich mit national-japanischen Werten auffüllte<sup>49</sup>. Das Kaiserliche Reskript zur Erziehung (1890) blockierte jegliche Liberalisierung im Bildungswesen und damit die Möglichkeit individueller Selbstentfaltung. Der im Sozialgefüge ohnehin vorhandene Geist kollektiver

Unterordnung wurde von Staats wegen festgeschrieben und gegen westliche, »artfremde« Einflüsse immunisiert. Der radikale japanische Nationalismus der Vorkriegszeit mit seinen utopisch-missionarischen Zügen war das Endprodukt einer über zwei Generationen erfolgten staatlich-schulischen Indoktrination. Nicht allein im kulturellen Bereich sondern im alltäglichen Leben wie im Verhalten der regierenden Oligarchen wurde die äußere westliche Form übernommen, doch Inhalt und Gehalt wurden bewußt re-japanisiert.

Diese sich mit dem technischen Fortschritt weitende Diskrepanz zwischen sozial-kulturellen Verhaltensweisen und den Auswirkungen einer forcierten Industrialisierung stellte die grundlegende und für Japans Weg in den Krieg entscheidende Wachstumsstörung dar, so die Erklärungsversuche des letzten, zusammenfassenden Bandes, den James William Morley<sup>36</sup> besorgte. Es werden nicht Urteile über einzelne Personen gefällt, sondern die politisch-militärischen wie die sozialen und die intellektuellen Kräfte werden in den Einzelbeiträgen vor dem sozialgeschichtlichen Hintergrund struktureller Defizite untersucht. Der Handlungsspielraum der staatstragenden Gruppen wird zu Recht relativiert, doch darf die Herrschaftskontinuität einer kleinen untereinander verwobenen Schicht aus Regierung, Streitkräften, der Industrie und Kreisen des Hofes für den politischen Expansionskurs nicht unterschätzt werden. Wachstumsstörungen können lediglich das Umfeld erklären helfen, in dem die Akteure und rivalisierenden Interessengruppen die Politik bestimmten. Ein abgewogener Vergleich der deutschen mit der japanischen Zwischenkriegszeit verdeutlicht nochmals die Grenze einer nivellierenden Modernisierungstheorie und hebt historisch gewachsene nationale Strukturen und unterschiedliche politische Verhaltensweisen hervor<sup>50</sup>.

Zusammen mit den Quellenwerken und den brauchbaren Überblicksdarstellungen bilden diese sechs Bände ein akademisches Standardrüstzeug, mit dessen Hilfe ein Zugang zu allen Fragen der modernen japanischen Geschichte gefunden werden kann.

### Allgemeine Gesellschaftsanalysen

Um den häufigsten Fehler westlicher Historiker und Sozialwissenschaftler zu vermeiden, nämlich die japanische Geschichte mit westlichen Normen und Zielvorstellungen erklären zu wollen, bedarf es einer vertieften Beschäftigung mit der grundlegend andersartigen japanischen Sozialordnung. Auch wenn dem »Westler« viele dieser statisch überdauernden Normen letztlich unverständlich bleiben, läßt sich allein über den Versuch einer gesellschaftlichen Analyse der alles Japanische umgebende mystische Schleier durchlöchern. Eine überaus stringente soziale Anthropologie über seine Landsleute hat der Japaner Chie Nakane<sup>51</sup> verfaßt, deren grundlegende Ergebnisse auch in einem deutschsprachigen Aufsatz<sup>52</sup> referiert sind. Den Bezugsrahmen der japanischen Gruppenverbindungen bildet das ie-System, die Haus- bzw. Familiengemeinschaft, die – auf den Dorfverband wie auf den modernen Industriebetrieb übertragen – alle zwischenmenschliche Kommunikation reguliert, sowie eine hierarchische Einordnung zwingend vorschreibt. Die Soziologie der japanischen Familie, wie sie der Jesuit Friedrich Tappe<sup>53</sup> beschrieben hat, gilt übertragen auch in allen anderen japanischen Lebensbereichen. Denken und Verhalten entsprechen dem »oyabun-kobun«-Grundmuster, dem Eltern-Kind-Status. Kindliche Treue und Loyalität Untergebener werden durch elterlich-fürsorgliche Entscheidungsbefugnis des Gruppenführers abgewogen. Da die Untergebenen nie sozial gleichgestellt, sondern hierarchisch eingeordnet sind, kann unter ihnen keine klassenmäßige, horizontale Kommunikation stattfinden. Vielmehr bildet der Höhere, der Gruppenführer, den Bezugspunkt aller. Sein plötzlicher Ausfall, etwa als Führer einer politischen Fraktion oder militärischen Einheit, paralyisiert in der Regel die Gruppe, da ein spontaner Ersatz nicht gefunden

werden kann. In einer Gesellschaft, die wie die japanische vertikal in überschaubare Einzelgruppen aufgesplittert ist, kann sich kein Klassenbewußtsein herausbilden und in politischen Programmen artikulieren<sup>54</sup>. Eine übergeordnete politische Integrationsklammer fehlte, so daß die gesamt nationale Sozialisierung allein über mythische Werte, den systematisch als Ersatzreligion aufgebauten Kaiserkult, erfolgen konnte. Wie die japanische Soziologin Kazuko Tsurumi<sup>55</sup> bestechend nachweisen kann, waren die Zwänge dieser sozialen Ordnung so stark, daß die erklärten politischen Gegner des Kaiserlichen Systems, Kommunisten und Linksozialisten, unter staatlichem Druck zu etwa 95% in den 30er Jahren ihren »Irrlehren« abschworen und sich im Pazifischen Krieg für Kaiser und Nation schlugen. Die Armee als Mikrokosmos der Gesellschaft konnte auf der Basis des verinnerlichteten »oyabun-kobun«-Prinzips eine Sozialisation auf den Heldentod hin betreiben, wie es in keinem westlichen Land möglich war. Der tradierte und in den Kriegshandlungen noch dazu häufig pervertierte Ehren- und Kampfkodex der Samurai – bushido<sup>56</sup> – beschwor den uneigennütigen Kampfesgeist und den Tod als Aufopferung, so daß während des Krieges nicht allein Soldaten, sondern die martialisierte Zivilbevölkerung, Kinder und Jugendliche eingeschlossen, zum kollektiven Opfertod bereit waren. Die Darstellung Tsurumis versucht den Stellenwert der Zäsur des Jahres 1945 für das Kaiserliche System zu bestimmen. Das Buch, eine hervorragende Kombination von soziologischer, historischer und psychologischer Forschung, kann als der grundlegende Beitrag zum Verständnis der japanischen Gesellschaft im Umbruch des letzten Krieges gelten.

### Regierungssystem

Der sozialen Ordnung entsprach bei partieller wechselseitiger Abhängigkeit die politische Struktur, die für Japan von 1868 bis 1945 am neutralsten mit dem Terminus Kaiserliches System umschrieben wird. Der Tenno, formal 1868 wieder zu realen Machtbefugnissen gelangt, übte die ihm verfassungsmäßig zustehenden Rechte eines nahezu absoluten Monarchen jedoch nicht aus. Statt dessen bildete der Kaiser den ideellen Bezugspunkt der Nation und auf Grund seiner sakrosanten, gottähnlichen Stellung das – bis zu einem bestimmten Grade – manipulierte Objekt rivalisierender Gruppierungen innerhalb der Herrschafts oligarchie. Die Idee des ewigen Kaisertums, nicht die einzelne Person des jeweiligen Herrschers stand im Mittelpunkt des gesamten staatlichen Lebens.

Das Scheitern des Parlamentarismus in Japan läßt sich am plausibelsten aus den sozio-politischen Vorbelastungen der Demokratie erklären, was Peter Weber-Schäfer<sup>57</sup> in einem prägnanten Aufsatz allgemeinverständlich gelungen ist. Die Schwachstellen der 1889 oktroyierten Verfassung (keine Gewaltenteilung, keine klare Abgrenzung von Kompetenzen, die scheinbaren Prärogativen des Kaisers sowie die Sonderstellung der Militärs) boten extensiven staatsrechtlichen Auslegungen gleichermaßen Raum wie einer parlamentarischen Herrschaft oder einer Diktatur der Militärs. Die Schöpfer der sogenannten Meiji-Verfassung, vornehmlich der damalige herausragende Staatsmann Hirobumi Ito<sup>58</sup>, und konservative, vom preußisch-deutschen Staatsrecht beeinflusste Juristen<sup>59</sup> hatten aus ihren Auffassungen kein Hehl gemacht, daß sich der Parlamentarismus westlicher Prägung nicht mit der göttlichen Stellung des Kaisers und dem unbedingten Gehorsam seiner Untertanen vereinbare. Die in der Zeit der Parteien-Kabinette während der 20er Jahre weitverbreitete Auffassung, den Kaiser als Organ des Staatswesens in die Verfassung zu integrieren, wurde vornehmlich von dem Tokioter Staatsrechtler Tatsukichi Minobe<sup>60</sup> ausformuliert. Als Interpret des Konstitutionalismus genoß der Rechtsprofessor auch bei Hofe höchstes Ansehen und wurde wegen seiner Verdienste vom Kaiser zum Mitglied des Oberhauses ernannt. Obwohl

Kaiser Hirohito die Verfassungsauslegungen Minobes vollauf billigte und keine göttliche Sonderrolle für sich beanspruchte<sup>61</sup>, verwarfen radikale Armeekreise kompromißlos diese »Organ-Theorie«, da ihrer Auffassung nach der Tenno als sakrale Person nur über der Verfassung stehen konnte. Eine gezielte Kampagne der Armee zwang im Frühjahr 1935 die Regierung, sich offiziell von den Lehren Minobes zu distanzieren und den Gelehrten seiner Ämter zu entheben. Mit dieser Aktion wurde das westliche Element liberaler Prägung nicht allein aus dem Verfassungsdenken, sondern aus dem gesamten politisch-kulturellen Leben endgültig verdrängt und der mythisch-religiöse Kaiserkult von Staats wegen als verbindliche Lehrmeinung installiert. Japan als Land der Götter wurde fortan von einem göttlichen Kaiser regiert und war nicht zuletzt auf Grund dieser einmaligen Sonderrolle dazu berufen, den Völkern Asiens die friedenspendende Ideologie göttlicher Harmonie zu bringen.

War der Kaiser, der noch heute regierende Monarch Hirohito, lediglich eine Marionette in den Händen der untereinander rivalisierenden Führungsgruppen, oder paßte er sich an und billigte die innenpolitische Radikalisierung gleichermaßen wie den außenpolitischen Kriegskurs, oder stand er etwa sogar an der Spitze der »Scharfmacher« und führte sein Land bewußt in den Krieg gegen den Westen? Alle diese Thesen werden je nach politischer Zweckmäßigkeit wissenschaftlich vertreten und lassen sich kaum eindeutig widerlegen, solange die Palastakten und die privaten Papiere Hirohitos unter Verschuß sind. Die erste über Hirohito verfaßte Biographie von Leonard Mosley<sup>62</sup> weicht diesen Fragen weitgehend aus und zeichnet das gängige Bild eines kaiserlichen Hauses mit einem gutmütigen Monarchen an der Spitze. Hingegen verursachte David Bergamini<sup>63</sup> mit seiner These von der »Kaiserlichen Verschwörung« beträchtliches Aufsehen in Fachkreisen und der Öffentlichkeit. Obwohl sich die das voluminöse Buch wie ein roter Faden durchziehende Auffassung von der Alleinschuld Hirohitos in dieser Form wohl nicht halten läßt, konnte Bergamini mit einer Fülle von Belegen nachweisen, daß der Kaiser aktiv die Politik mitgestalten half.

Allein politische Erwägungen, nämlich die Integrationsfigur des Kaisers der Besatzungspolitik zu verpflichten, hatten die Amerikaner nach 1945 davon abgehalten, den Monarchen vor das Kriegstribunal zu stellen. Die erste anhand des verfügbaren Quellenmaterials verfaßte wissenschaftliche Studie über Palast und Politik in Vorkriegs-Japan von David A. Titus<sup>64</sup> bestätigt das modifizierte Kaiserbild. Der Tenno war als Institution politischer Bezugspunkt in Japan von der Meiji-Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Zwar regierte er nicht persönlich, doch in den Händen der allgewaltigen Palastbürokratie liefen alle politischen Fäden zusammen. Je schwächer der Einfluß der Meiji-Gründerväter in den 20er Jahren wurde, desto stärker etablierten sich kaiserliche Institutionen, vorab der Geheimsiegelbewahrer, als die verborgenen Zentren der Macht. Als Türhüter des kaiserlichen Willens gewährte der Geheimsiegelbewahrer Militärs und Politikern Zutritt zum Kaiser, bestimmten die Palastbürokraten über das ansehnliche Vermögen des Kaiserhauses (u. a. beträchtlicher Aktienbesitz in der Mandschurei), verwalteten die Belange der Aristokratie und kontrollierten zentral alle Shinto-Schreine des Landes. Die Institution des Palastes konnte dem Druck von unten, von seiten der revolutionären Heeresoffiziere, standhalten und sich als Bollwerk gegen eine »faschistisch-totalitäre« Machtergreifung behaupten, billigte indes, wie auch Hirohito selbst, den politischen Aggressionskurs. Um der Bewahrung der tradierten Gesellschaftsordnung und nicht zuletzt um ihrer eigenen Privilegien willen entschieden in Japan etwa 15 Personen über Krieg und Frieden – im Einvernehmen mit dem Kaiser. Denn gegen den erklärten Willen des Herrschers, wie er 1936 beim Putsch der Tokioter Garnison<sup>65</sup> und 1945 bei den internen Verhandlungen über die Kapitulation manifest wurde, konnten auch die Oligarchen keine grundlegenden Entscheidungen treffen.

In der japanischen traditionellen Gruppengesellschaft und der dieser entsprechenden kaiserbezogenen Herrschaftsstruktur mußten politische Parteien ein importierter westlicher Fremdkörper bleiben. Die seit 1918 infolge von Unruhen erstmals eingesetzten Parteienregierungen ebneten mit ihrem Unvermögen, eine parlamentarische Alternative glaubhaft zu entwickeln, nur der Herrschaft der Militärs den Weg, von denen sie 1932 beseitigt wurden. Einen einführenden, überaus wohlwollend gehaltenen Überblick zur Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien in Japan verfaßte Kentaro Hayashi<sup>66</sup>. Auch er bezieht die persönlichen Machtkämpfe und Intrigen der Parteiführer als einen wesentlichen Faktor für das Scheitern des parlamentarischen Versuches ein, wenn auch das soziale Umfeld der Parteien, ihre enge Verfilzung mit Regierungs- und Hofkreisen sowie das korrupte Bündnis mit der Industrie nicht gebührend berücksichtigt werden. Die von Bernard S. Silberman und H. D. Harootunian<sup>67</sup> besorgte Aufsatzsammlung zur Taishō-Zeit analysiert deren zentrale Probleme, wie das Auseinanderklaffen von traditionellen Kulturinhalten und von der Industrialisierung vorgegebenen neuen Lebens- und Verhaltensweisen, als Wegbereiter des Militarismus. Die kulturelle Identitätskrise, der rücksichtslose Konzentrationsprozeß der Wirtschaft, die Verelendung der Landbevölkerung und nicht zuletzt die marxistische Bewegung unter den Intellektuellen konnten von den Parteipolitikern nicht in ein politisches Programm integriert werden. Wie Peter Duus<sup>68</sup> in seiner grundlegenden Studie über die Parteienrivalitäten der Taishō-Zeit nachweisen kann, bemühten sich weder die Führer der Parteien noch die Parlamentarier um eine volksnahe Demokratie. Die beiden großen Parteien, die 1900 von Ito aus liberalen Gruppierungen gegründete Seiyukai und die Minseito<sup>69</sup> (ab 1927), unterschieden sich in ihren vagen Programmen kaum voneinander. Inhaltlose Phrasen von einer »positiven Politik«, was später die Militärs auch gern im Munde führen sollten, täuschten die Wählerschaft über fehlende Grundsatzprogramme hinweg und ließen den Parlamentarismus lediglich als eine neue Variante im Kampf um Macht und Privilegien einer nunmehr etwas breiteren und in der Regel mit Hilfe von riesigen Bestechungssummen zu parlamentarischen Positionen gelangten Oberschicht erscheinen. Das parlamentarische Experiment war wegen der objektiven Schwierigkeiten zum Scheitern verurteilt – doch Parlamentarier und Parteien brachten sich in 14 Jahren zusätzlich um jeden Vertrauenscredit in der Öffentlichkeit<sup>70</sup>.

Auch die sozialistischen und kommunistischen Parteien bildeten keine echte Alternative, wenn sie auch von den etablierten Parteien und der Führungsoligarchie schon wegen ihrer sozialistisch-revolutionären Grundsatzprogramme als Gefährdung der althergebrachten Ordnung empfunden wurden. Im Bündnis mit den traditionellen Führungsgruppen hatten sich die Parteien bis 1925 geweigert, das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht einzuführen. Zwar wurden bei den Wahlen 1928 erstmals acht Sozialisten in den Reichstag gewählt. Doch die sozialdemokratische Bewegung, so bei George O. Totten<sup>71</sup> nachzulesen, blieb hoffnungslos zersplittert. Erst 1932, unter dem Eindruck des selbstherrlichen Vorgehens der Militärs in der Mandschurei, schlossen sich die einzelnen Gruppierungen in der »Sozialen Massenpartei« zusammen. Obgleich diese Partei im April 1937 bei den letzten freien Wahlen bei Verdoppelung ihres Stimmanteils zur drittstärksten parlamentarischen Kraft wurde, blieb sie vom Rechtsradikalismus nicht verschont und wandelte sich zu einer chauvinistisch-faschistischen Gruppe. Insgesamt erhielten die proletarischen Parteien nie mehr als 10% aller abgegebenen Wählerstimmen. Die 1922 gegründete kommunistische Partei rekrutierte ihre Mitglieder und Sympathisanten weitgehend aus intellektuellen Kreisen. George M. Beckmann und Okubo Genji<sup>72</sup> verfaßten das Standardwerk über den kommuni-

stisch-akademischen Verschwörerkreis, dem im kaiserlichen Japan jedwede größere öffentliche Resonanz verwehrt sein mußte.

Den staatlich-administrativen Unterdrückungsapparat und seine Arbeitsweise gegenüber linken politischen Gruppen untersucht Richard H. Mitchell<sup>73</sup> in seinem informativen, wiewohl etwas zu apologetisch gehaltenen Werk über die »Gedankenkontrolle«. Seit 1904 bestanden spezielle Polizeieinheiten, um gefährliches, meist sozialistisches Gedankengut zu verfolgen. Doch erst das als Kontrollmechanismus des allgemeinen Wahlrechts zusammen mit diesem erlassene Gesetz zum Schutz des inneren Friedens<sup>74</sup> stellte bereits Agitation gegen die bestehende Eigentumsordnung und das Kaiserliche System (Kokutai) unter hohe Freiheitsstrafen. Mit Hilfe dieser »Friedensgesetze«, in Wirklichkeit politische Polizeiverordnungen, wurde 1928 die kommunistische Partei, die lediglich 409 registrierte Mitglieder umfaßte, zerschlagen und in den Untergrund gedrängt. Nach diesem Schlag wurde das Friedensgesetz verschärft; nunmehr drohte die Todesstrafe allen subversiven Elementen, und bis Kriegsbeginn wurden etwa 66 000 Verhaftungen vorgenommen, von denen jedoch nur 5 500 Fälle zur Anklage gelangten. Die »Delinquenten« widerriefen in der Regel ihre »Irrlehren« und wurden zur Bewährung in Stätten altjapanischer Tradition, Tempel und Hospize, entlassen, wo sie binnen kürzester Zeit in die Gesellschaft reintegriert wurden, um schließlich als glühende Nationalisten in den Krieg zu ziehen. Obwohl dem Staat von den linken Gruppen keine ernstzunehmende Gefahr drohte, die innere Radikalisierung und die aggressive Außenpolitik vielmehr von militanten Rechtskreisen gesteuert wurden, gingen die staatlichen Organe gegen diese Organisationen nur äußerst zaghaft vor<sup>75</sup>. Die Bürokratie als politisch verselbständigter Machtfaktor tendierte auch in Japan<sup>76</sup> zum rechtskonservativen Ordnungsstaat und blockierte im Bündnis mit den konservativen Parteien alle demokratischen Ansätze. Mit der Verfolgung der linkspolitischen Kräfte arbeiteten Staat und Verwaltung letztlich allein der Herrschaft der Militärs in die Hände, vor denen Parteien und zivile Regierungsinstanzen ab 1932 immer weiter zurückweichen mußten.

### Militär und innenpolitische Radikalisierung

Die Vergesellschaftung des Militärs vollzog sich in Japan in einem Zeitraum von fünf Jahren. Vom Zwischenfall in Mukden (18. September 1931) bis zum Putsch der Tokioter Garnison im Februar 1936 bestimmte die japanische Armee weitgehend allein den innen- und außenpolitischen Kurs des Landes. Die Unzufriedenheit der verarmten Bauern und des krisenanfälligen, da direkt von den Großkonzernen abhängigen kleingewerblichen, städtischen Mittelstandes artikulierte sich mangels anderer politischer Freiräume in den radikalen Forderungen junger Heeresoffiziere nach einschneidenden sozialen Reformen, die in dem Programm einer Showa-Restauration, eines vollständigen gesellschaftspolitischen Umsturzes, kulminierten. In die etwa ein Jahrzehnt andauernde permanente Staatskrise Japans, die 1941 nur noch einen kriegerischen Ausweg offenzulassen schien, führt die von George M. Wilson<sup>77</sup> herausgegebene Aufsatzsammlung ein, in deren Mittelpunkt die rechtsradikalen Bestrebungen der Militärs im Bunde mit der Bürokratie stehen. Aus revisionistischer Sicht gibt James B. Crowley<sup>78</sup> in einem kurzen, lesenswerten Aufsatz gewissermaßen eine Ehrenrettung der Militärs, die persönlich integer die geheiligte Mission des japanischen Volkes in Ostasien betrieben. Gegen den wildwachsenden Kapitalismus, westliche Überfremdung und die kommunistische, ideologische und realpolitische Bedrohung hätten sie in China einen Stellvertreterkrieg geführt. Diese Perspektive zieht indes die sozialen Vorausbedingungen des zuweilen in nackten Terror umschlagenden Ultrationalismus nicht ein und behandelt die Militärs als eine autonome, anderen Regierungsinstanzen gegenüber

stanzen vergleichbare Gruppierung. Den sozialen Nährboden, auf dem sich elitäre Berufsrevolutionäre aus Müßiggang mit Offizieren aus verelendeten Bauernfamilien trafen, hat der japanische Historiker Tokihiko Tanaka<sup>79</sup> in einem prägnanten Aufsatz weitgehend objektiv analysiert. Physiokratisch rückwärtsgewandte Agrarideologien kennzeichneten auch, vermischt mit kommunistisch-marxistischem Gedankengut, die Haltung der radikalen Studenten. Der studentische Protest gegen die etablierte Ordnung, so Henry de Witt Smith<sup>80</sup> in dem einzigen Werk zur Studentenbewegung, geschah aus einem Gefühl materieller Geborgenheit und nationaler Sicherheit heraus und wandte sich theoretisch – vereinzelt auch terroristisch – den Problemen der entrechteten Volksmassen zu. Das Zusammengehen von marxistischen-sozialrevolutionären Intellektuellen mit den jungen Heeresoffizieren auf dem Boden eines stark agrarbezogenen Nationalismus kennzeichnet die radikale Ideologie im Japan der Vorkriegszeit, in der sich die geläufigen westlichen Unterschiede zwischen Kommunismus, Sozialismus und tradierten Sozialnormen in einem, faschistischen Ideologien durchaus verwandten, Mischprogramm von sozialen Reformen im Inneren bei chauvinistischer Expansion nach außen verwischten.

Zu Recht werden die im damaligen Japan vorhandenen Sozialstrukturen als faschistisch bezeichnet, auf die sich ein autoritäres Regime auch ohne »Führer« stützen konnte; die »Volksgemeinschaft« als faschistischer Grundpfeiler mußte hingegen in Deutschland von dem selbsterkorenen Führer erst künstlich geschaffen werden. Zwei jüngere amerikanische sozialgeschichtliche Untersuchungen haben die soziale Basis des Militarismus, resp. Faschismus, aufgedeckt in den verkrusteten dörflichen Strukturen Japans, damals weitgehend Agrarland, von dessen Bevölkerung mehr als die Hälfte auf dem Lande lebte. Das zeitlich über den Agrarnationalismus hinausgreifende Werk von Thomas R. H. Havens<sup>81</sup> rückt die Theoretiker der japanischen Bauernideologie, S. Gondo, K. Tachibana und K. Kato, in den Vordergrund. Auch wenn der Verfasser in den geistigen Köpfen dieser Bewegung keine Vorläufer der Militärherrschaft sehen möchte, lieferten diese Theoretiker doch die ideologische Scheinsicherheit in einer sich sozial wie ökonomisch wandelnden Welt und wirkten damit als geistige Verführer auf die radikalisierten Offiziere ein. Ausführlich wird die Entwicklung der Landwirtschaft von der Meiji-Restauration bis in die unmittelbare Vorkriegszeit geschildert und dabei erschreckend deutlich, daß Staat und Industrie, die privilegierten Führungsschichten, rücksichtslos die Modernisierung auf Kosten der Landwirtschaft betrieben und den sozialen Preis dieses von oben diktierten Wandels ignorierten. Gegenbewegungen auf dem Lande, wie der zunächst völkisch-restaurative Agrarnationalismus, konnten sich in wirtschaftlichen Notzeiten zu manifesten Protestbewegungen, wie den Reisunruhen im Sommer 1918, eskalieren und kulminierten schließlich in einer antimodernistischen haßerfüllten Bewegung gegen das verfilzte staatliche System von Großgrundbesitzern, Kapitalisten, Hofbürokraten und Regierungstechnokraten. Dem Elend der Wirklichkeit wurde die Utopie gegenübergestellt, auf der Grundlage der selbstverwalteten dörflichen Gemeinschaft sollte Japan die westliche Überfremdung abstreifen und zu altgewohnten Lebensformen zurückfinden. In der Doppelfunktion als Landmann und Wehrbauer kam in diesen Agrarideologien den Bauern die herausragende Rolle im Kampf gegen den westlichen Materialismus und das diesem verpflichtete Regierungssystem Japans zu. Der Blickwinkel sozialer Benachteiligung wurde von innerjapanischen Zuständen auf die allgemeine politische Situation Japans in Ostasien übertragen, wo die westlichen Mächte dem Kaiserreich den ihm gebührenden Platz verwehren wollten. Diese internationalisierte Agrarideologie nährte einen frenetischen Nationalismus, der schließlich ab 1937, mit Beginn des Krieges gegen China, die Volksmassen der imperialistischen Aggression auf dem Festland verpflichtete.



Da etwa 30 bis 40% der Armeeeoffiziere und mehr als die Hälfte der Mannschaften sich aus der Landbevölkerung rekrutierten, fanden die theoretischen Schriften der Agrarideologen in Offizierzirkeln Widerhall und lieferten den politisch aktiven Militärs das theoretische Fundament für ihre auf sozialpolitische Revolution zielenden Bestrebungen. Die Mechanismen der wechselseitigen Beeinflussung von Armee und dörflicher Gemeinschaft untersucht Richard J. Smethurst<sup>82</sup> in einer überaus instruktiven Studie für die Zwischenkriegszeit. Als »Volksschule der Nation« stellte die Armee mit ihren vertikalen Gruppenbindungen zu dem Einheitsführer, dem System leibeigener Unterordnung, der Verpflichtung zu absoluter Treue und Loyalität und nicht zuletzt dem Disziplinierungsmittel der Prügelstrafe ein getreues Abbild dörflicher Strukturen und Verhaltensnormen dar. Da das 1925 auf 250 000 Mann reduzierte Heer nur ein gutes Viertel aller tauglichen Wehrpflichtigen einziehen konnte<sup>83</sup>, drohte der Wehrwille der Bevölkerung abzusinken, so daß beide großen Parteien 1928 den Plan der Armee gut hießen, eine eigene Jugendorganisation zu gründen. Fortan vermochte die Armee auf der Grundlage der vertikalen (Klein-)Dorfstrukturen<sup>84</sup> mit Hilfe des Reservistenverbandes und der Jugendbewegung die heranwachsende Bevölkerung einer paramilitärischen Ausbildung zu unterwerfen und den Verteidigungsgedanken propagandistisch wirksam zu verfechten. 1935 wurden die Armeejugendzentren mit den Berufsschulen verschmolzen. Damit erhielt die japanische Jugend über die obligatorische Volksschule hinaus eine 4jährige militärisch kontrollierte Ausbildung. Auch der weibliche Bevölkerungsteil wurde in großjapanischen nationalen Verteidigungsligen erfaßt und zu caritativen Dienstleistungen ausgebildet. Die Militarisierung der Basis war 1937 mit dem Ausbruch des Krieges in China weitgehend abgeschlossen – die bäuerlichen Haupttugenden, Unterwürfigkeit, Kollektivgeist und ein romantizistischer Agrarnationalismus waren von den Militärs mobilisiert worden und stützten die vermeintliche Pazifizierungsmission Japans auf dem asiatischen Festland.

Der religiösen Verwurzelung des radikalen Nationalismus ist die Dissertation von Ulrich Lins<sup>85</sup> über die shintoistische Ômoto-Sekte gewidmet. Die Arbeit ragt aus der Masse der gängigen deutschen japanologischen Forschungen als eine zeitgeschichtliche Fallstudie weit heraus. Die antimodernistische, fremdenfeindliche Heilslehre und deren Hinwendung zu einem panasiatischen Missionsgedanken verbanden die Angehörigen der Sekte mit den radikalen Programmen der Militärs. Auch berührte sich die innenpolitische Vorstellung von einem sozialrevolutionären Volkskaisertum, einer Umgestaltung des politischen Systems durch die Massen, mit entsprechenden Planungen radikaler Heeresoffiziere. Deswegen sollte die Sekte auch Ende 1935 zwangsweise aufgelöst werden. Die konfuse Lehre von einer »Herzenseinheit«, in der sich für den Großmeister der Sekte kommunistische Umsturzideen mit einem imperialistischen Programm vereinbarten, impliziert einen chiliastischen Massenwahn, der in Japan durch die Deformierung des Individuums infolge starrer sozialer Normen und durch die von der Industrialisierung ausgehende Verunsicherung um sich greifen konnte und sich Erlösung in der nationalistischen Utopie eines Großasiens versprach. Die autoritäre Vorherrschaft der Militärs und deren expansive Ziele lassen sich daher mit Lins auch als ein säkularisierter Chiliasmus begreifen.

Biographische Studien über die beiden herausragenden Köpfe der rechtsradikalen Bewegung vermögen weitere aufschlußreiche Details über die Motive der Umstürzler zu liefern. Die von George M. Wilson<sup>86</sup> verfaßte Biographie über Ikki Kita zeichnet einen der wenigen Berufsrevolutionäre, der mit seinen Auffassungen und Schriften seit etwa 1920 direkt meinungsbildend auf die jungen Offiziere und politisch engagierten Intellektuellen wirkte. Seine 1923 in der Mandschurei verfaßte Schrift Allgemeiner Entwurf von Maßnahmen zum Wiederaufbau Japans<sup>87</sup> sollte als japanische Version von »Mein Kampf« zum Standardwerk japanischer Nationalisten werden. Diktatur

des Tenno, Gleichheit des Volkes, Abschaffung aller Privilegien der Oberschicht und weitgehende Kommunalisierung des Bodens sowie Nationalisierung der Großindustrie lauteten die Kernpunkte seines Programms. Kita beteiligte sich aktiv am Aufstand der Garnison in Tokio, der von dem geistigen Urheber des expansiven nationalen Verteidigungsstaates, dem Generalstabsoffizier K. Ishiwara niedergeschlagen wurde und das Todesurteil für Kita bedeutete. Mark R. Peattie<sup>88</sup> zeichnet die Karriere dieses eigenwilligen Offiziers, der sich im Ziel eines großjapanischen Reiches nicht von den revolutionären Heißspornen unterschied, jedoch den gewaltsamen Umsturz zugunsten eines systematisch aufgebauten Wehrstaates verwarf.

Der Konflikt zwischen den Technokraten und den aktiven Umstürzern herrschte seit 1932 auch im Offizierkorps des Heeres und hatte zur Herausbildung von zwei einander befehdenden Fraktionen geführt. Die Anhänger des Kaiserlichen Weges (Kodo-ha), die zahlenmäßig bei den in der Mandschurei stationierten Truppen überwogen, befürworteten radikale, notfalls gewaltsam zu erzwingende Reformen und propagierten einen Feldzug gegen die Sowjetunion. Ihnen standen die vornehmlich in Stäben und Ministerien anzutreffenden Mitglieder der Kontrollfraktion (Tosei-ha) entgegen, die nicht zuletzt auf Grund der deutschen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg die totale Aufrüstung im Rahmen eines autarken Großwirtschaftsraumes verlangten, um sich voll gerüstet der westlichen Suprematie zu stellen. Die Kontrollfraktion (oder auch Südfraktion genannt) betrieb langfristig ein auf die südostasiatischen Rohstoffquellen abzielendes Expansionsprogramm und lehnte den Krieg gegen den Bolschewismus als propagandistisches Selbstweckunternehmen ab. Dieser Auffassung pflichtete die mit den Armeetechnokraten eng zusammenarbeitende Großindustrie bei. Auch die Marine als hochtechnisierte Waffengattung strebte die Kontrolle über Öl- und Erzvorkommen in Südostasien an. Hof- und zivile Regierungskreise, aufs engste mit der Industrie verflochten, befürworteten ebenfalls eine südwärts gerichtete Expansion.

Die radikalen Reformer der Kodo-ha standen einer sich formierenden oppositionellen Front der traditionellen Führungskräfte gegenüber und wagten am 26. Februar 1936, als die revolutionär aufgeputschte Tokioter Garnison in die Mandschurei abgeschoben werden sollte, den Aufstand gegen das System. Diesem spektakulärsten und folgenreichsten Ereignis der 30er Jahre in Japan hat Ben-Ami Shillony<sup>65</sup> eine Monographie gewidmet. Geistige Herkunft, das überaus vage Programm der Putschisten und der Ablauf des Aufstandes werden ausführlich beschrieben. Doch der zentralen Frage nach den Motiven der allein vom Kaiser getroffenen Anweisung, den Aufstand rücksichtslos niederzuschlagen, weicht der Verfasser aus. Auch werden die hinter dieser Entscheidung des Tenno stehenden Kräfte, Marine und Wirtschaftskreise, nicht genannt. Der Februarputsch bedeutete nämlich Höhe- und Scheitelpunkt zugleich der sozialrevolutionären Bewegung von jungen Heeresoffizieren. Mit der gewaltsamen Niederschlagung, erstmals auf Geheiß des Kaisers wurden Rädelsführer hingerichtet, wurde der Versuch eines von unten ausgehenden revolutionären Umsturzes vereitelt. Fortan konnte die Armee diszipliniert und dem Südprogramm der Oligarchen verpflichtet werden. Mit dem Krieg in China bekam das politisierende Offizierkorps schließlich ein Betätigungsfeld; die Armee war 1937 auf den Pfad nach Süden gestoßen.

### Außenpolitik

Der Machtverlagerung auf die Armee und dem Prozeß innerer Radikalisierung entsprach die auswärtige Politik Japans in den Jahren 1931–1936. Das Kaiserreich wurde nicht von den übrigen Großmächten gewaltsam in eine Außenseiterrolle abgedrängt, sondern die expansive Politik selbst, welche die Militärs vor allem in China betrieben,

entfremdete Japan allmählich seinen ehemaligen Weltkriegsverbündeten. Die in der Taisho-Zeit angestauten innenpolitischen Konflikte wurden durch die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im japanischen Agrarsektor weiter verschärft und entluden sich 1931 in einer sozialimperialistischen Aggression. Die japanische Innenpolitik schlug direkt auf die äußere Politik des Landes durch – die übrigen in Ostasien engagierten Großmächte wirkten lediglich durch ihr unterschiedliches Reagieren auf die japanischen Gewaltakte ein, entweder wie die beiden etablierten Kolonialmächte England und Frankreich retardierend oder, wie die USA spätestens ab 1940, beschleunigend auf die zum Entscheidungskampf drängende Politik Tokios.

Das von James W. Morley<sup>89</sup> herausgegebene japanisch-amerikanische Gemeinschaftswerk – ein Forschungskompodium zur japanischen Außenpolitik von 1868 bis 1945 – darf für sich den Charakter eines singulären Handbuches beanspruchen, obgleich die meisten Beiträge nur den Forschungsstand bis 1963 berücksichtigen konnten. Die dem Werk beigegebenen beiden Bibliographien erfassen jedoch vollständig das bis 1971 erschienene westliche, russische und japanische Schrifttum. Das Plädoyer von James B. Crowley<sup>90</sup> für den absoluten Vorrang einer lediglich militärisch abzuschließenden Außenpolitik vor allen innenpolitischen Belangen verweist auf die bestimmende Rolle des nationalen Primats seit der Meiji-Restauration, berücksichtigt indes den sozialen Boden dieser sich verselbständigenden auswärtigen Politik nicht. Sehr blaß und apologetisch erscheint der Beitrag von Shinkichi Eto<sup>91</sup>, Professor an der Tokyo-Universität, über die Chinapolitik Japans und verdeutlicht einmal mehr, daß im heutigen Japan die Vergangenheit des konfliktgeladenen Verhältnisses zu China noch längst nicht bewältigt ist. Frank W. Iklé<sup>92</sup> widmete sich der japanischen Deutschlandpolitik und vermochte eine erschreckende Zahl von Desideraten aufzuzeigen, die von der deutschen Forschung bislang gemieden wurden.

Gegenüber diesem vorzüglichen Sammelwerk fällt die Gesamtdarstellung der japanischen Außenpolitik von Ian Nish<sup>93</sup> ab. Der personalistisch-selektive Ansatz des Verfassers führt zu einer verkürzten Darstellung, die lediglich 12 von insgesamt 34 Außenministern heraushebt. Weitgehend eine Kompilation von Fakten und Namen, vermag das Buch weder schlüssige Informationen über Struktur und Arbeitsweise des »Gaimusho« (Auswärtiges Amt) zu geben noch die politischen Vorstellungen der einzelnen Minister vor dem allgemeinen innen- und weltpolitischen Hintergrund zu analysieren. Japanische Versuche, Gesamtdarstellungen zur Außenpolitik vorzulegen, enttäuschen jedoch noch mehr, da neben dem häufig unzulänglichen methodischen Ansatz eine apologetische Tendenz nicht zu verkennen ist. Das ursprünglich 1941 von Masamichi Royama<sup>94</sup> zur Rechtfertigung der Großostasienpolitik Japans vorgelegte Werk weist in den Abschnitten über die Expansionspolitik der 30er Jahre verhaltene Affinitäten zu den Darstellungen des Altvaters der japanischen Diplomatiegeschichte, Morinosuke Kajima<sup>95,96</sup>, auf. Zwar behauptet letzterer nicht, allein das Militär habe eine aktive und zielbewußte Politik in der Mandschureikrise gegenüber dem passiven Verhalten der zivilen Instanzen geführt<sup>97</sup>, aber auch für Kajima haben die chaotischen Unruhen in China und die internationale Ächtung der Großmächte Japan isoliert und zu seinem Vorgehen in China gezwungen<sup>98</sup>. Ohne Belege und ohne Berücksichtigung der internationalen Literatur können die beiden Bücher von Kajima nicht der ernsthaften Forschung zugerechnet werden.

Im Rückzug der Kolonialmächte aus Asien nach dem Ersten Weltkrieg und der Entstehung nationalstaatlicher Bewegungen, insbesondere in China, sieht Akira Iriye<sup>99</sup> die Hauptgründe für den Zusammenbruch der alten imperialistischen Ordnung in Ostasien. Die konventionelle Diplomatie der Großmächte, das Ausbalancieren von Interessen, vermochte der neuen Wirklichkeit nicht länger gerecht zu werden, so daß auf amerikanische Initiative hin die 1922 geschlossenen Washingtoner Abkommen ein

Wettrüsten zur See im Pazifik unterbanden und das Prinzip handelspolitischer Chancengleichheit in China (open-door-policy) verankerten. Die neue, ökonomisch motivierte Ostasienpolitik der USA wurde von den weltrevolutionären Ambitionen des aus Moskau gesteuerten Weltkommunismus in China paralysiert. Beide Staaten und das Deutsche Reich, das seine kolonialen Sonderrechte in einem Vertrag mit China 1920 als erster Industriestaat aufgab, zerstörten die stabile imperialistische Ordnung Ostasiens und schürten die inneren Auseinandersetzungen in China. Japan, so Iriye, sei daher nicht allein für einen Aggressionsakt verantwortlich zu machen, sondern das sich gewandelte System der internationalen Ordnung habe Japan zum Eingreifen auf dem asiatischen Festland gezwungen. So zutreffend die Darstellung der neuen internationalen Politik im ostasiatischen Raum ist, so werden doch die Kontinuität der japanischen Chinapolitik vom Krieg 1895 über die »21 Forderungen« von 1915 bis zum Zwischenfall von Mukden zu niedrig veranschlagt und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen übersehen.

Zeitlich und thematisch an Iriye schließt das Werk von James B. Crowley<sup>100</sup> an, stellt jedoch die innenpolitischen Rivalitäten zwischen Militär und zivilen Regierungsstellen und die Fraktionskämpfe in der Armee stärker in den Vordergrund. Auch Crowley will das gängige, durch die Kriegsverbrecherprozesse geschaffene Bild von der Alleinschuld der Militärs revidieren. Für den China-Krieg gelingt diese Revision, da 1938 die Regierung Prinz Konoc den Krieg entgegen den Friedenserwartungen der Stabsoffiziere eskalierte; doch die Hauptverantwortung der Armee für den Zwischenfall von Mukden und die Entstehung des Marionettenstaates Mandschukuo vermag auch Crowley nicht zu relativieren. Trotz leichter pro-japanischer Einfärbung gilt das Werk als Standardliteratur zur auswärtigen Politik Japans in den 30er Jahren.

Auf die innen- wie außenpolitische Zäsur, welche die annähernd 2jährige Krise um die Mandchurei bewirkte, konzentriert sich eine Vielzahl in ihrem historischen Erkenntniswert sehr unterschiedlicher Darstellungen. Die Ermordung von Premierminister Inukai (Seiyukai-Partei) am 15. Mai 1932 markierte das Ende des parlamentarischen Zwischenspiels, wie der Austritt Japans aus dem Völkerbund am 27. März 1933 das Versailler System kollektiv getragener Sicherheit beendete. Beide Ereignisse sind der sichtbarste Ausdruck der usurpierten Herrschaft der Armee und von der Krise um die Mandchurei nicht zu trennen. Zwei von Japanern in Amerika als Dissertationen eingereichte Werke zum Vorgehen der Armee in der Mandchurei lassen an deren alleiniger Verantwortung kaum Zweifel. Takihito Yoshihashi<sup>101</sup> spricht pointiert von einer Verschwörung, die den Offizieren der Kwantung-Armee<sup>102</sup> im Bunde mit den politisierenden Tokioter Offizieren zu einer politischen Vormachtstellung verholfen habe. Das Buch, das größtenteils auf den im Tokioter Kriegsverbrecherprozeß verwendeten Dokumenten basiert, konzentriert sich auf die Zeit vor dem Zwischenfall von Mukden, in der die Verschwörer ihre Fäden knüpften. Demgegenüber setzt die aufschlußreichste und informativste Darstellung zur Mandchureikrise von Sadako N. Ogata<sup>103</sup> mit dem von japanischen Offizieren inszenierten Eisenbahnattentat bei Mukden ein und beschreibt minutiös die Usurpation der Macht durch die Militärs. Gerade die von Ogata vorgenommene Auswertung offizieller japanischer Staatsdokumente und privater Papiere bestätigt die These vom sozialen Imperialismus der Armee. Aus Tokio erfolgte ein nur zögernd hinhaltender Widerstand, denn die Sicherung der Mandchurei als japanische Lebenslinie wurde auch von den westlich orientierten Politikern befürwortet. Die Massen feierten in nationalem Taumel die der Insubordination schuldigen Offiziere als Volkshelden. Obstruktion gegen die japanischen Okkupanten und deren Programm einer engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtung mit Japan leisteten chinesische Nationalisten, wengleich das von Lee Chong-sik<sup>104</sup> entworfene Bild eines breitenwirksamen Widerstandes überzeichnet wirkt.

Die Reaktion der Großmächte gegen diesen im Windschatten der Weltwirtschaftskrise vorgenommenen japanischen Alleingang war von politischem Gewicht für die zukünftige Entwicklung Ostasiens. Unmittelbar betroffen war die Sowjetunion, die seit dem Frieden von Portsmouth 1905, wie Japan im Süden, im Norden der Mandschurei wirtschaftliche Konzessionen und Eisenbahnrechte besaß. George A. Lensen<sup>105</sup> widerlegt in einer umfassenden Studie die von den Japanern propagierte zeitgenössische Auffassung, derzufolge das japanische Festsetzen in der Mandschurei durch die kommunistische Bedrohung provoziert worden sei. Vielmehr stellte die Regierung in Moskau, vollauf mit Problemen der Planwirtschaft beschäftigt, ihre friedfertigen Absichten unter Beweis, als sie den Verkauf ihrer Konzessionen anbot und schließlich im März 1935 ein entsprechendes Abkommen mit Japan unterzeichnete. Damit hatte die Sowjetunion wohl nicht völkerrechtlich verbindlich, aber doch indirekt die von Japan in der Mandschurei geschaffenen Veränderungen anerkannt.

Auch die britische Regierung zeigte, wie die mit nicht übermäßigem Sachverstand verfaßte Dissertation von Christian Blickenstorfer<sup>106</sup> belegt, ihrem ehemaligen Verbündeten gegenüber großes Entgegenkommen. Aus wirtschaftlichen Eigeninteressen an China als halbkolonialen Markt und Rivalitäten zu den USA wich das Foreign Office allen Entscheidungen aus und verschanzte sich hinter dem langsamen Procedere des Völkerbundes. Die griffige Formel, München wurde in Mukden eingeleitet<sup>107</sup>, charakterisiert mit einigem Recht den Kurs der britischen Außenpolitik, die über ihr Versagen im Mandschureikonflikt zur Strategie des Appeasement überging. Der harten amerikanischen Haltung, wie sie in der nach dem damaligen Außenminister Stimson benannten Nichtanerkennungsdoktrin vom Januar 1932 deutlich zum Ausdruck kam<sup>108</sup>, schloß sich der Völkerbund allgemein an, nicht aber explizit die übrigen Mächte. Wie Dorothy Borg<sup>109</sup> in ihrer grundlegenden Monographie zur amerikanischen Fernostpolitik der Jahre 1933 bis 1938 darlegt, verdeutlichte diese Formel zum einen den japanisch-amerikanischen Antagonismus über China und gab den anti-amerikanischen Ressentiments in Japan Auftrieb, verschaffte zum anderen der Washingtoner Regierung jedoch die Möglichkeit, unter Hinweis auf diese Doktrin sich einer aktiven, verantwortungsbewußten Rolle in Ostasien bis 1940 zu entziehen. Der Völkerbund als von China angerufene Schiedsinstanz zeigte sich überfordert. Es ist das Verdienst der Darstellung von Christopher Thorne<sup>19</sup>, den Mandschureikonflikt global als eine Krise des internationalen sowie zwischenstaatlichen Systems begriffen zu haben. Zuweilen bleibt die Abhandlung indes in langatmiger, diplomatiegeschichtlicher Deskription stecken. Überzeugend kann Thorne jedoch von seinem breiten Ansatz her argumentieren, daß der Zweite Weltkrieg politisch mit der Krise um die Mandschurei seinen Anfang nahm. Denn nicht Hitler und die von ihm vollzogene politische Umgestaltung Deutschlands erschütterten 1933 die Weltordnung, sondern die japanischen Militärs brachten das Pariser Friedenswerk zum Einsturz und ermöglichten der nationalsozialistischen Expansionspolitik den Weg über die Trümmer von Versailles.

Nach dem Zurückweichen der Sowjetunion vor der kontinentalen japanischen Expansion bewegte sich die Politik Tokios in den 30er Jahren hauptsächlich zwischen den Polen, Berlin und Washington. Der Konflikt innerhalb der japanischen Führung zwischen den traditionellen auf Südexpansion gerichteten Kräften und der Nordfraktion revolutionär gesonnener Heeresoffiziere spiegelte sich in der außenpolitischen Suche nach Verbündeten wider. Das von Dorothy Borg und Shumpei Okamoto<sup>110</sup> besorgte japanisch-amerikanische Sammelwerk zu den beiderseitigen Beziehungen der Vorkriegszeit kann als die methodisch und inhaltlich bislang geglückteste und umfassendste Bestandsaufnahme zu diesem zentralen Problemfeld gelten. Insgesamt 26 Aufsätze, meist in Form von japanisch-amerikanischen Doppelbeiträgen, haben zentrale

Themen innergesellschaftlicher, regierungspolitischer und institutioneller Entwicklungen in beiden Ländern zum Inhalt. Das voluminöse Werk dokumentiert vorbildlich die führende Stellung der zeitgeschichtlichen amerikanischen Japanforschung, der von deutscher Seite für den zentralen Komplex der Beziehungen des Reiches zu China bzw. Japan nichts entgegengesetzt werden kann<sup>111</sup>.

Die bislang beste Abhandlung zur Fernostpolitik der nationalsozialistischen Führung in den ersten drei Jahren ihrer Herrschaft legte der britische Historiker John P. Fox<sup>112</sup> vor. Die entsprechenden Abschnitte in der veralteten, bislang jedoch einzigen Monographie zum deutsch-japanischen Verhältnis der Jahre 1933 bis 1941 von Ernst L. Presseisen<sup>113</sup> sind damit überholt. Von deutschen Historikern hat der Ostberliner Wissenschaftler Karl Drechsler<sup>114</sup> das Lavieren der deutschen Außenpolitik zwischen China und Japan noch am besten belegt, allerdings dabei die ökonomischen Motive überbewertet. Denn gerade die nationalsozialistische Ostasienpolitik bietet sich als Fallstudie zur Außenpolitik des »Dritten Reiches« an, in der stets die wirtschaftspolitischen Interessen der vom Auswärtigen Amt, der Reichswehr und dem Wirtschaftsministerium repräsentierten alten, »wilhelminischen Imperialisten« mit Hitlers programmatischen, machtpolitischen Zielen kollidierten. Während Hitler seit 1933 konsequent eine politische Annäherung an Japan betrieb, um sich des Potentials der japanischen Armee für den geplanten Feldzug gegen die Sowjetunion und der japanischen Seemacht als Gegengewicht zur britisch-amerikanischen Dominanz zu vergewissern, setzten die alten Führungseliten, vorweg die Wirtschaft, auf China als den zukunfts-trächtigsten Markt und halfen durch die Entsendung von Beratern, das China Tschiang Kai-scheks zu konsolidieren<sup>115</sup>.

Die Aufsätze des Verfassers (B. M.) zu dieser Thematik versuchen zu belegen, daß Hitler einen zähen 6jährigen Kampf gegen die traditionellen Kräfte ausfocht, bevor mit der Abberufung der Militärberater aus China 1938 der endgültige Wechsel der deutschen Fernostpolitik von China auf Japan vollzogen werden konnte. Die japanische Führung weigerte sich jedoch Hitler zum Trotze bis 1940 beharrlich, ein Bündnis mit dem Reich einzugehen. Die Vorgeschichte dieses Kriegsbündnisses<sup>116</sup> erscheint als ein manifestes Hin und Her der widerstrebenden Interessen zweier verspäteter Habenicht-Nationen. Der Antikominternpakt, von einem Emissär Ribbentrops mit dem japanischen Militärattaché bereits im November 1935, ein Jahr vor seiner endgültigen Unterzeichnung, ausgehandelt<sup>117</sup>, wurde von der Nordfraktion der japanischen Armee am stärksten befürwortet und ließ sich als größter außenpolitischer Erfolg der Militärs auch nach dem gescheiterten Februarputsch nicht mehr revidieren. Insgesamt galt im deutsch-japanischen Verhältnis der 30er Jahre das nationalsozialistische Deutschland der japanischen Armee als Modell für innenpolitische Reformbestrebungen. Die nationalsozialistische Führung hingegen mußte das Zusammengehen mit den »Gelben« mit ihrer Rassendoktrin in Einklang bringen und war daher gezwungen, die allgemeine Trennung in Arier und Nichtarier in eine Doktrin von Ariern und Juden zu modifizieren<sup>118</sup>. Im zwischenstaatlichen Verhältnis handelte das Deutsche Reich immer als der aktive Part; Japan hingegen reagierte aus seiner selbstverschuldeten Isolation heraus auf das deutsche Werben und mußte sich – wie es 1940 mit dem Dreimächtepakt geschehen sollte – mit einem Bündnis in Abhängigkeit von dem Weltherrschaftsprogramm Hitlers begeben.

### Wirtschaftspolitik

Ebensowenig wie die Außenpolitik sollte die Wirtschaftspolitik als isoliertes, monokausales Phänomen einer zum Kriege treibenden Fehlentwicklung gesehen werden. Japan hatte ähnlich wie Deutschland als relativ spät entwickelte Industrienation nicht

das Stadium eines liberalen Kapitalismus durchlaufen, sondern die Wirtschaft blieb von der Meiji-Restauration bis 1945 stets den politischen Zielen nationaler Selbstbehauptung untergeordnet. Die japanische Führungsoligarchie war zwar keine Marionette in den Händen der Großindustrie, aber doch aufs engste mit ihr verflochten, so daß zwischen staats- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung kaum zu trennen ist. Im Gegensatz zu China war die hierarchisch-vertikale japanische Sozialstruktur zur Übernahme des Kapitalismus geradezu prädestiniert. Die strengen Normen einer dörflichen Gesellschaft wurden auf die Industriebetriebe übertragen und führten wie in keinem anderen modernen Staatswesen zu einer engen, emotionalen Bindung der Arbeitnehmer an die Firma.

Das Hereinziehen paternalistischer Grundstrukturen in die Wirtschaft als entscheidendes Merkmal des japanischen ökonomischen Wachstums betont auch Willy Kraus<sup>119</sup> in seinem lesenswerten Überblick zur japanischen Wirtschaftsentwicklung, in dem auch die politischen und sozialen Dimensionen dieses rasanten, staatlich gelenkten Modernisierungsprozesses erfaßt werden. Dies ist um so verdienstvoller, als in der Regel von Wirtschaftswissenschaftlern verfaßte Darstellungen an einer immanenten, verkürzten Betrachtungsweise leiden und gern dem Rausch der Zahlen und Tabellen verfallen. Die von Kotaro Ikeda<sup>120</sup> geschriebene kurze Wirtschaftsgeschichte Japans setzt den Schwerpunkt auf die Meiji-Zeit<sup>121</sup>; der entscheidende Zeitraum 1931 bis 1945 wird kurz und mit teilweise falschen politischen Deutungen abgehandelt. Dennoch ist das Buch zur raschen Information von einigem Wert. Als Standard-Wirtschaftsgeschichte über Japan liegt das mehrfach revidierte und in vielen Auflagen erschienene Werk von G. C. Allen<sup>122</sup> vor. Es bietet das zuverlässigste Zahlenmaterial zur japanischen Wirtschaft von 1867 bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus, klammert indes die Kriegsjahre aus und enthält sich jeglicher politisch-historischer Interpretation. Obwohl eine Vielzahl von Monographien zu Aspekten des wirtschaftlichen Aufstiegs Japans vorliegt, fehlt nach wie vor ein Gesamtwerk, in dem die ökonomischen Faktoren mit der sozialen und politischen Entwicklung verschränkt sind. Ältere Wirtschaftsgeschichten helfen allein Lücken im Zahlenmaterial zu schließen, sind jedoch wie das grundlegende damalige Werk von Elizabeth B. Schumpeter<sup>123</sup> vom Ideal einer weltwirtschaftlichen Partnerschaft getragen und zu pro-japanisch gehalten, oder wie die von William W. Lockwood<sup>124</sup> besorgte Standard-Wirtschaftsgeschichte nur bedingt brauchbar für die unmittelbare Vorkriegszeit.

Einen Versuch, den wirtschaftlichen Imperialismus Japans in den 30er Jahren als sozialpolitisch motivierte Expansion zu erklären, hat der Verfasser in einem Aufsatz<sup>125</sup> unternommen. Der entscheidende Strukturwandel der japanischen Wirtschaft von der Leicht- und Textilindustrie zu einer modernen Schwerindustrie vollzog sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre. Die staatliche Deflationspolitik zielte, ähnlich wie in Deutschland, durch Erhöhung der Staatsausgaben, vorwiegend im Rüstungssektor, auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft. Eine Vollbeschäftigung wurde annähernd erreicht, doch das Realeinkommen der Arbeiterschaft stagnierte. Die Gewinne des rüstungswirtschaftlichen Booms strichen die Konzerne ein. Der Ausbau der Schwerindustrie und der modernen Industriebranchen stand in keinem Verhältnis zu der begrenzten Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes. Die Überproduktion verlangte nach neuen Absatzgebieten und erforderte gleichzeitig in zunehmendem Maße Importe der Grundrohstoffe, Erze, Steinkohle, Öl, an denen es im japanischen Mutterland mangelt. Entsprechende Bemühungen um einen autarken Großwirtschaftsraum, der neben der Mandschurei zumindest weitere Teile Nordchinas umfassen sollte, kollidierten mit den wirtschaftlichen Interessen der Westmächte in Ostasien. Ein Ausgleich scheiterte indes weniger an der Intransigenz der »Weißen« als vielmehr an dem Unvermögen der japanischen Oligarchie, außenpolitische Kom-

promisse einzugehen, die ihre ohnehin durch die revolutionären Bestrebungen der Armee gefährdeten Führungspositionen und -privilegien erschüttern mußten. Nachdem innenpolitisch der Zielkonflikt zwischen dem radikalen Flügel der Armee und den traditionellen Gewalten mit dem Niederschlagen des Februar-Putsches entschieden und damit auch das staatssozialistische Wirtschaftsprogramm der Offiziere zu Fall gekommen war, gab es auf dem eingeschlagenen Weg zu den lukrativen Rohstoffvorkommen Chinas und der Südsee kein Zurück mehr. Der Ausbruch der Kampfhandlungen in China im Juli 1937 führte zu einem sprunghaften Anschwellen der Produktionsziffern, so daß eine Beilegung des lokalen Krieges, wie die Armee es nach Anfangserfolgen wünschte, nicht im Interesse der von dem Hofprotégé Premier Konoé repräsentierten Oligarchie lag.

Im kriegerischen nationalen Chauvinismus, dem absolut gesetzten Glauben an die auserwählte Rolle des göttlichen japanischen Volkes in Asien, löste sich der nach dem Ersten Weltkrieg entstandene »Klassen«-Konflikt zwischen der Armee als dem Sprachrohr der Unterschichten und den traditionellen Führungskräften auf. Fortan fungierte die Armee als Büttel der Oligarchie, jener untereinander verwobenen Führungskräfte des Hofes, der Marine, der Wirtschaft und der hohen Staatsbürokratie.<sup>1)</sup> Japans Weg in den Krieg war stärker durch die starre Sozialstruktur und die ihr entsprechende restaurative Ideologie, durch das Primat der Systemerhaltung, vorgezeichnet als durch handelspolitische Zwänge oder durch Druck des internationalen Mächtesystems.

\* Dank eines Akademiestipendiums der Stiftung Volkswagenwerk konnte im Sommerhalbjahr 1976 ein Teil der hier angezeigten Titel am East Asian Research Centre der Harvard Universität (USA) durchgearbeitet werden.

<sup>1</sup> Die offizielle Zeitrechnung in Japan erfolgt nach den Herrschaftsepochen der Kaiser. Für das moderne Japan sind dies drei: Meiji-Ära 1868–1912, Taisho-Ära 1912–1921 (offiziell bis 1926), Showa-Ära 1921 (offiziell 1926) bis heute.

Die Zeit der Taisho-Demokratie wird nicht mit der amtlichen Regierungszeit des Tenno gleichgesetzt, sondern allgemein auf den Zeitabschnitt 1918 bis 1932 gelegt.

<sup>2</sup> E. O. Reischauer: Japan. The story of a nation. New York 1974. Deutsche Übers. einer älteren, weitgehend überholten Ausg.: Japan. Mit einem Anhang über die heutige Wirtschaftssituation von K. Krüger. Berlin 1953.

<sup>3</sup> H. Hammitzsch: Literaturbericht zur japanischen Geschichte. In: Literaturberichte über Neuerscheinungen zur außerdeutschen Geschichte. Hrsg. von W. Kienast. (= Historische Zeitschrift. Sonderh. 1.) München 1962, S. 443–466.

<sup>4</sup> Siehe den imponierenden Bericht von B. Lewin im Newsletter der Japan Foundation, Tokyo. 2 (1976). Auch K.-A. Pretzell: Japanbezogene arbeitende Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland. In: Dokumentationsdienst Asien. Mitt. 3. Hamburg 1973, S. 85–130.

<sup>5</sup> Über seine Forschungen und die schwerpunktmäßige Ausrichtung der von ihm bis 1976 geleiteten japanischen Abteilung des Ostasieninstituts der Bochumer Universität informiert die zum 60. Geburtstag von Hammitzsch erschienene Festschrift *Asien-Tradition und Fortschritt*. Wiesbaden 1971.

<sup>6</sup> O. Nachod: Bibliographie von Japan. Enth. e. ausführl. Verz. d. Bücher und Aufsätze über Japan, die seit der Ausg. des 2. Bdes von Wenckstern »Bibliography of the Japanese Empire« bis 1937 in europ. Sprachen ersch. sind. Neudr. 1 ff. Stuttgart 1970.

1. 2. 1906–1926. (1928.)

3. 1927–1929. (1931.)

4. 1930–1932. Aus d. Nachl. erg. und hrsg. von H. Praesent. (1935.)

5. 1933–1935. Bearb. von H. Praesent und W. Haenisch. (1937.)

6. 1936–1937. Bearb. von W. Haenisch und H. Praesent. (1940.)

Der Neudruck enthält in den Bänden 7 und 8 die 1907 erstmals verlegte Bibliographie von Fr. v. Wenckstern: *Bibliography of the Japanese Empire 1859–1906*.

<sup>7</sup> Japan. Bibliographie ausgewählter ökonomischer und sozialer Studien. Hrsg. von H. und U. E. Simonis. Kiel 1974.



- <sup>8</sup> Institute of Developing Economics. A selected bibliography on the economic development of Japan. Ed.: K. Ono. Tokyo 1970.  
Japanische Namen werden, um Verwirrungen vorzubeugen, entsprechend den westlichen Gepflogenheiten, erst der Vorname, dann der Familienname wiedergegeben, obwohl in japanologischen Arbeiten häufig die umgekehrte japanische Praxis anzutreffen ist.
- <sup>9</sup> Institut für Asienkunde, Dokumentationsleitstelle Asien (2000 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21). Neuerwerbungen der Instituts-Bibliothek.  
Gegen Erstattung der Selbstkosten stellt die Bibliothek auch auf Wunsch Titel zu Themen aus der japanischen Zeitgeschichte zusammen.
- <sup>10</sup> H.-J. Cwik: Die deutsch-asiatischen Beziehungen in neuerer Zeit (Auswahlbibliographie). Hamburg 1975.  
K.-A. Pretzell: Modernisierung und sozialer Wandel in Asien (Auswahlbibliographie). Hamburg 1976.  
Die Bibliographien führen in der Regel nur Titel an, die sich in den Beständen der Bibliothek des Instituts befinden.
- <sup>11</sup> China-Handbuch. Hrsg. von W. Franke. Düsseldorf 1974.
- <sup>12</sup> M. Ramming: Japan-Handbuch. Nachschlagewerk der Japankunde. Berlin 1941.
- <sup>13</sup> Japan. Hrsg.: H. Hammitzsch. Heroldsberg 1975. B. Lewins Kleines Wörterbuch der Japanologie. Wiesbaden 1968 war als Übergangslösung bis zum Erscheinen des großen Nachschlagewerkes gedacht. Für den Zeithistoriker ist es ohne Belang, wird doch die gesamte Geschichte Japans auf lediglich 5 (von 593) Seiten abgehandelt.
- <sup>14</sup> Sources of Japanese tradition. Ed.: R. Tsunoda, W. Th. deBary. New York 1965.
- <sup>15</sup> Sources of Japanese history. Ed.: D. J. Lu. Vol. 2. New York, Düsseldorf 1974.
- <sup>16</sup> The Japan reader. Ed.: J. Livingston, J. Moore Vol. 1. 2.  
1. Imperial Japan 1800–1945. New York 1973.  
2. Postwar Japan. Harmondsworth 1976 (umfaßt den Zeitraum 1945–1973).
- <sup>17</sup> Hans A. Dettmer: Grundzüge der Geschichte Japans. 3. durchgesehene und berichtigte Aufl. Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft 1973. 144 S. (= Grundzüge. Bd 2.)
- <sup>18</sup> R. Bersihand: Histoire du Japon des origines à nos jours. Paris 1959. Deutsch u. d. Tit.: Geschichte Japans von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1963.
- <sup>19</sup> Über Frankreichs Fernostpolitik fehlt eine Monographie. Am ausführlichsten wird die französische Haltung beschrieben bei Chr. Thorne: The limits of foreign policy. The West, the League and the Far Eastern crisis of 1931–1933. London 1972. (Vgl. die Bespr. in MGM 20 (1976) 188 ff.).  
Demnächst auch die Freiburger Dissertation von Gabriele Herrle (Das Deutsche Reich und die mandchurische Krise) über Bündnisverordnungen zwischen Frankreich und Japan.
- <sup>20</sup> J. W. Hall: Das japanische Kaiserreich. Frankfurt a. M. 1968. Englisch u. d. Tit.: Japan from prehistory to modern times. London 1970.  
Von 1961 bis 1966 vertrat Reischauer die USA als Botschafter in Tokyo.  
Das Buch erschien erstmals 1946; es erfuhr sechs Überarbeitungen in insgesamt 24 Auflagen.
- <sup>23</sup> R. Storry: A history of modern Japan. Harmondsworth 1960. Deutsch u. d. Tit.: Geschichte des modernen Japan. München 1960.
- <sup>24</sup> W. G. Beasley: The modern history of Japan. London 1973. Deutsch u. d. Tit.: Japan, Geschichte des modernen Japan. Köln 1964.
- <sup>25</sup> G.-K. Kindermann: Der Ferne Osten in der Weltpolitik des Industriellen Zeitalters. München 1970.
- <sup>26</sup> H.-W. Vahlefeld: Hundert Millionen Außenseiter. Die neue Weltmacht Japan. Düsseldorf 1969.
- <sup>27</sup> H. Erlinghagen: Japan. Ein deutscher Japaner über die Japaner. Stuttgart 1974.
- <sup>28</sup> F. Gibney: Japan. The fragile superpower. New York 1975.
- <sup>29</sup> B. Martin: Restauration – Die Bewältigung der Vergangenheit in Japan. In: Zeitschrift für Politik. 17 (1970) 153–170.
- <sup>30</sup> E. Jäckel: Beobachtungen zur japanischen Zeitgeschichtsforschung. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 18 (1967) 542–552.
- <sup>31</sup> M. Broszat: Zeitgeschichte in Japan. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 22 (1974) 287–298.
- <sup>32</sup> Bei dem Werk des Generalstabsoffiziers Takushiro Hattori: Dai to-a senso zenshi (The complete history of the greater East Asian war, 4 vols, 10 books. Mikrofilmkopie dieser von der amerikanischen Armee besorgten Übersetzung in der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart) handelt es sich um eine während der amerikanischen Besatzungszeit erstellte Auftragsarbeit. Das vorhandene Material wurde in ihr zuverlässig ausgewertet.
- <sup>33</sup> O. Murase: Nationalsozialismusforschung in Japan seit 1945. In: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg.: I. Geiss, B.-J. Wendt. Düsseldorf 1973. S. 529–543.
- <sup>34</sup> M. Miyake: Die Achse Berlin-Rom-Tokio im Spiegel der japanischen Quellen. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs. 21 (1968) 408–445.
- <sup>35</sup> Ders.: Nichi-doku-i sangoku domei no kenkyu. Tokyo 1975 [Eine Studie zum japanisch-deutsch-italienischen Dreimächtepakt.] (Vgl. die Bespr. in MGM 22 (1977) 203 ff.).
- <sup>36</sup> James William Morley: Choice and consequence. In: *Dilemmas of growth in prewar Japan*. Ed. by James William Morley. Contributors: George M. Beckmann a. o. 2nd printing. Princeton, N. J.: Princeton University Press 1974. 527 S., hier S. 3–30.
- <sup>37</sup> Changing Japanese attitudes toward modernization. Ed.: M. B. Jansen. Princeton, N. J. 1965. Paperback 1972.
- <sup>38</sup> M. Maruyama: Patterns of individuation and the case of Japan. A conceptual scheme. Ebd., S. 489–531.

- <sup>39</sup> The State and economic enterprise in Japan. Essays in the political economy of growth. Ed.: W. W. Lockwood. Princeton, N. J. 1965. Paperback <sup>2</sup>1970.
- <sup>40</sup> W. W. Lockwood: The economic development of Japan. Growth and structural change 1868–1938. Princeton, N. J. 1954.
- <sup>41</sup> Y. Horie: Modern entrepreneurship in Meiji-Japan. In: The State and economic enterprise (Anm. 39), S. 183–208.
- <sup>42</sup> D. Landes: Japan and Europe. Contrasts in industrialization. Ebd., S. 93–182. Deutsche Übers. u. d. Tit.: Die Industrialisierung in Japan und Europa. In: Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung, hrsg. von W. Fischer. Berlin 1968, S. 29–117.
- <sup>43</sup> R. Bendix: Preconditions of development. A comparison of Japan and Germany. In: Aspects of social change in modern Japan. Ed.: R. P. Dore. Princeton, N. J. 1967. Paperback <sup>2</sup>1973, S. 27–70.
- <sup>44</sup> Ehd.
- <sup>45</sup> Political development in modern Japan. Ed.: R. E. Ward. Princeton, N. J. 1968. Paperback 1973.
- <sup>46</sup> A. M. Craig: Fukuzawa Yukichi. The philosophical foundations of Meiji nationalism. Ebd., S. 99–148. Vgl. auch The autobiography of Yukichi Fukuzawa. Rev. transl. by E. Kiyooka. New York 1972.
- <sup>47</sup> K. Tsuji: Decision making in the Japanese government. A study of ringisei. In: Political development in modern Japan (Anm. 45), S. 457–476.
- <sup>48</sup> Tradition and modernization in Japanese culture. Ed.: D. H. Shively. Princeton, N. J. 1971. Paperback 1976.
- <sup>49</sup> Michio Nagai: Westernization and japanization. The early Meiji transformation of education. Ebd., S. 35–76.  
Aus Platzgründen mußte ein gesonderter Abschnitt zum Erziehungswesen entfallen. An weiterer Literatur ist zu nennen H. Passin: Society and education in Japan. New York 1967; Pädagogik und Bildungspolitik in Japan. Hrsg.: H. E. Wittig. München 1976; zum »Moralunterricht«, der schulischen Indoktrination Robert K. Hall: Shushin. The ethics of a defeated nation. New York 1949; zur nationalchauvinistischen Ausrichtung der Schulbücher Harold J. Wray: A study in contrasts. Japanese school books 1903 and 1941–5. In: Monumenta Nipponica. 28 (1973) 72 ff.
- <sup>50</sup> Kentaro Hayashi: Japan and Germany in the interwar period. In: Dilemmas of growth in prewar Japan (Anm. 36), S. 461–488.
- <sup>51</sup> C. Nakane: Japanese society. Berkeley (usw.) 1970.
- <sup>52</sup> Ders.: Entdeckungen der japanischen Gesellschaftsstruktur. In: Kagami. Japanischer Zeitschriften-spiegel. 3, Bd 2, H. 1965. Hamburg 1965, S. 71–104.
- <sup>53</sup> F. Tappe: Soziologie der japanischen Familie. Münster 1955.
- <sup>54</sup> Zum »oyabun-kobun«-Prinzip in der Wirtschaft vgl. John W. Bennett, Iwao Ishino: Paternalism in the Japanese economy. Anthropological studies of oyabun-kobun patterns. Minncapolis 1963.
- <sup>55</sup> Kazuko Tsurumi: Social change and the individual. Japan before and after defeat in World War II. Princeton, N. J.: Princeton University Press 1970. XIV, 441 S.
- <sup>56</sup> Inazo Nitobe: Bushido. The soul of Japan. An exposition of Japanese thought. Tokyo 1969 (First printing 1905). Im Dritten Reich erschien eine deutsche Übersetzung, in der versucht wurde, den Bushido-Geist als »Kraftquelle einer jeden völkischen Gemeinschaft« auf den Nationalsozialismus zu übertragen (I. Nitobe: Bushido. Die Seele Japans. Eine Darstellung des japanischen Geistes. In neuer autorisierter Bearb. von H. Klanke. Magdeburg 1937).
- <sup>57</sup> P. Weber-Schäfer: Demokratie in Japan. Historische Belastungen des Parlamentarismus in einer asiatischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 14 (1972) 15–29.
- <sup>58</sup> H. Ito: Commentaries on the constitution of the empire of Japan. Tokio <sup>2</sup>1906.
- <sup>59</sup> Vgl. R. H. Minear: Japanese tradition and western law. Emperor, State, and law in the thought of Ho-zumi Yatsuka. Cambridge, Mass. 1970.
- <sup>60</sup> F. O. Miller: Minobe Tatsukichi. Interpreter of constitutionalism in Japan. Berkeley (usw.) 1965. Minobe propagierte keinesfalls die Volkssouveränität und wollte daher auch die von den Amerikanern 1947 oktroyierte neue Verfassung modifiziert wissen.
- <sup>61</sup> Hoover Library, Stanford (Calif.). Saionji-Harada Memoirs, S. 1207. Prinz Saionji war der letzte lebende »Genro«-Meiji-Gründerväter. Ihm fiel die Aufgabe zu, den Premierminister in der Zeit von 1924 bis 1940 vorzuschlagen. Harada war Saionjis Verbindungsmann beim Hof.
- <sup>62</sup> L. Mosley: Hirohito, Emperor of Japan. Englewood Cliffs, N. J. 1966.
- <sup>63</sup> D. Bergamini: Japan's imperial conspiracy. How Emperor Hirohito led Japan into war against the West. New York 1971. Vgl. die ausführliche Rez. des Verfassers in Die Zeit v. 31. März 1972.
- <sup>64</sup> D. A. Titus: Palace and politics in prewar Japan. New York 1975.
- <sup>65</sup> B.-A. Shillony: Revolt in Japan. The Young Officers and the February 26, 1936 incident. Princeton, N. J. 1973. Vgl. die Bespr. in MGM 19 (1976) 253 f.
- <sup>66</sup> K. Hayashi: Das japanische Parteiwesen – Ursprünge und Strukturen. In: Politische Vierteljahresschrift. 3 (1962) 361–380.
- <sup>67</sup> Japan in crisis. Essays on Taisho democracy. Ed.: B. S. Silberman, H. D. Harootunian. Princeton, N. J. 1974. Zum Einbruch des westlichen Lebensstils in den japanischen Großstädten S. Linhart: Das Entstehen des modernen Lebensstils in Japan während der Taisho-Periode (1912–1926). In: Sacculum. 25 (1974) 115–127. Über die Intellektuellen in dieser Zeit Tatsuo Arima: The failure of freedom. A portrait of modern Japanese intellectuals. Cambridge, Mass. 1969.
- <sup>68</sup> P. Duus: Party rivalry and political change in Taisho Japan. London 1968.

- <sup>69</sup> Ursprünglich 1910 als »Kokuminto« (Nationale Partei) gegen das Monopol der »Seiyukai« gegründet, 1913 zur »Doshikai« und 1916 in »Kenseikai« umbenannt, bevor sie sich nach Fusionen 1927 den Namen »Minsceto« gab.
- <sup>70</sup> Zur gesamten Parteiengeschichte bis zur 1940 erzwungenen Auflösung der politischen Parteien das Standardwerk von R. A. Scalapino: *Democracy and the party movement in prewar Japan. The failure of the first attempt.* Berkeley 1953. <sup>2</sup>1962.
- <sup>71</sup> G. O. Totten III: *The social democratic movement in prewar Japan.* London 1966.
- <sup>72</sup> G. M. Beckmann, O. Genji: *The Japanese communist party 1922–1945.* Stanford, Calif. 1969. Zur »Eisensteuerung« der Partei durch die Komintern R. Swearingen, P. Langer: *Red flag in Japan. International communism in action.* London 1952. Zur Nachkriegsentwicklung der kommunistischen Partei R. A. Scalapino: *The Japanese communist movement, 1922–1966.* Berkeley (usw.) 1967; M. Pohl: *Die kommunistische Partei Japans. Ein Weg ohne Peking und Moskau.* Hamburg 1976. Die offizielle Selbstinterpretation *The Central committee of the communist party of Japan. The fifty years of the communist party of Japan.* Tokyo 1973; ferner die Spezialstudie von M. Pohl: *Die Bauernpolitik der kommunistischen Partei Japans, 1922–1928.* Hamburg, Tokyo 1976.
- <sup>73</sup> R. H. Mitchell: *Thought control in prewar Japan.* Ithaca, N. Y. 1976.
- <sup>74</sup> *Peace Preservation Law.*
- <sup>75</sup> Mitchell (Anm. 73), S. 160; Zwischen 1935 und 1943 wurden nur 569 Personen wegen rechtsradikaler Umtriebe verhaftet und 312 unter Anklage gestellt.
- <sup>76</sup> R. M. Spaulding jr.: *Imperial Japan's higher civil service examinations.* Princeton, N. J. 1967.
- <sup>77</sup> *Crisis politics in prewar Japan. Institutional and ideological problems of the 1930s.* Ed.: G. M. Wilson. Tokyo 1970.
- <sup>78</sup> J. B. Crowley: *Imperial Japan and its modern discontents. The State and the military in prewar Japan.* In: *Military and State in modern Asia.* Jerusalem 1976, S. 31–59. Zur Rivalität Militär/Zivilisten das Standardwerk von Y. C. Maxon: *Control of Japanese foreign policy. A study of civil-military rivalry 1930–45.* Berkeley (usw.) 1957. Westport, Conn. <sup>2</sup>1975.
- <sup>79</sup> T. Tanaka: *Ultranationalism and terrorism in prewar Japan* (Manuskript eines auf dem 29. Internationalen Orientalistenkongress in Paris 1973 gehaltenen Vortrages).
- <sup>80</sup> H. de Witt Smith II: *Japan's first student radicals.* Cambridge, Mass. 1972.
- <sup>81</sup> *Thomas R. H. Havens: Farm and nation in modern Japan. Agrarian nationalism, 1870–1940.* Princeton, N. J.: University Press 1974. XI. 358 S. Vgl. auch R. Smith: *The Japanese rural community. Norms, sanctions, and ostracism.* In: *Peasant society. A reader.* Ed.: M. Potter. Boston 1967.
- <sup>82</sup> *Richard J. Smethurst: A social basis for prewar Japanese militarism. The army and the rural community.* Berkeley, Los Angeles, London: University of California Press 1974. XXI, 202 S.
- <sup>83</sup> Ebd., S. 5: Bis 1937 wurden im Durchschnitt 25–35% der Tauglichen eingezogen, was etwa 12–16% eines Jahrganges entsprach. Auf Grund des wirtschaftlichen Elends stieg die Quote der Ausgemusterten in den 30er Jahren rapide an, von 1925 etwa 25% auf 1935 ca. 40–45% (Zahlen auch bei H. Burton: *Japan since 1931. Its political and social developments.* New York 1940, S. 104).
- <sup>84</sup> Im Zuge der Verwaltungsreformen der Meiji-Zeit waren dörfliche Verwaltungsgemeinschaften (*mura*) geschaffen worden, die jedoch den meisten Landbewohnern als administrative Fremdkörper verhaßt waren.
- <sup>85</sup> *Ulrich Lins: Die Ōmoto-Bewegung und der radikale Nationalismus in Japan.* München, Wien: Oldenbourg 1976. 300 S. (= Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Bd 8.)
- <sup>86</sup> G. M. Wilson: *Radical nationalist in Japan. Kita Ikki, 1883–1937.* Cambridge, Mass. 1969. Vgl. auch ders.: *Kita Ikki, Okawa Shumei and the Yuzonsha.* In: *Papers on Japan.* Vol. 2. Cambridge, Mass. 1963, S. 139–181.
- <sup>87</sup> Auszüge bei Lu (Anm. 15) S. 131–136.
- <sup>88</sup> M. R. Peattie: *Ishiwara Kanji and Japan's confrontation with the West.* Princeton (N. J.), London 1975. Vgl. die Bespr. in *MGM* 21 (1977) 260 ff.
- <sup>89</sup> *Japan's foreign policy 1868–1941. A research guide.* Ed.: J. W. Morley. New York 1974.
- <sup>90</sup> J. B. Crowley: *Japan's military foreign policies.* Ebd., S. 3–117.
- <sup>91</sup> Shinkichi Eto: *Japan's policies toward China.* Ebd., S. 236–264.
- <sup>92</sup> F. W. Iklé: *Japan's policies toward Germany.* Ebd., S. 265–339. Vgl. die Rez. in *HZ* 224 (1977) 743 f.
- <sup>93</sup> I. Nish: *Japanese foreign policy 1869–1942. Kazumigaseki to Miyakezaka.* London 1977. Vgl. die Rez. in *HZ* 225 (1977).
- <sup>94</sup> M. Royama: *Foreign policy of Japan: 1914–1939.* Tokyo 1941. Westport, Conn. <sup>2</sup>1975.
- <sup>95</sup> M. Kajima: *A brief diplomatic history of modern Japan.* Tokyo 1965. Dem Zeitraum 1931 bis 1945 sind nur gut vier Seiten gewidmet; die Kriegsjahre 1941 bis 1945 werden gar nicht erwähnt. Zur Zeit werden Teile der 34bändigen »Geschichte der japanischen Außenbeziehungen« Kajimas ins Deutsche übertragen. Siehe Bd I: *Von der Landesöffnung bis zur Meiji-Restauration.* Hrsg. von H. Hammitzsch. Wiesbaden 1976.
- <sup>96</sup> M. Kajima: *The emergence of Japan as a world power 1895–1925.* Tokyo 1968.
- <sup>97</sup> Royama (Anm. 94), S. 68.
- <sup>98</sup> Kajima: *The emergence of Japan* (Anm. 96), S. 78.
- <sup>99</sup> A. Iriye: *After imperialism. The search for a new order in the Far East 1921–1931.* Cambridge, Mass. 1965.

- <sup>100</sup> J. B. Crowley: Japan's quest for autonomy. National security and foreign policy 1930–1938. Princeton, N. J. 1966.
- <sup>101</sup> T. Yoshihashi: Conspiracy at Mukden. The rise of the Japanese military. London 1963.
- <sup>102</sup> Die in der Mandschurei ursprünglich zum Schutz der Kwantung-Halbinsel (Port Arthur) stationierten japanischen Militäreinheiten.
- <sup>103</sup> S. N. Ogata: Defiance in Manchuria. The making of Japanese foreign policy, 1931–32. Berkeley (usw.) 1964.
- <sup>104</sup> Lee Chong-sik: Counterinsurgency in Manchuria. The Japanese experience, 1931–1940. Santa Monica, Calif. 1967.
- <sup>105</sup> G. A. Lensen: The damned inheritance. The Soviet Union and the Manchurian Crisis 1924–1935. Tallahassee, Florida 1974. Vgl. auch die etwas ältere Darstellung von Ikuhiko Hata: Reality and illusion. The hidden crisis between Japan and the USSR (1932–34). New York 1967.
- <sup>106</sup> Chr. Blickenstorfer: Die Haltung der englischen Regierung während der mandschurischen Krise (1931–33). Zürich 1972. Vgl. die Rez. in HZ 219 (1974) 446 f. Siehe auch die von der Quellenlage her veraltete Studie von R. Basset: Democracy and foreign policy. A case history. The Sino-Japanese dispute, 1931–33. London 1952 (Reprint 1968).
- <sup>107</sup> Wm. Roger Louis: British strategy in the Far East 1919–1939. London 1971. Vgl. die Rez. in HZ 215 (1972) 692 f.
- <sup>108</sup> Dazu recht informativ der Aufsatz von R. N. Current: The Stimson doctrine and the Hoover doctrine. In: American historical review. 59 (1953/54) 513–542.
- <sup>109</sup> D. Borg: The United States and the Far Eastern crisis of 1933–1938. Cambridge, Mass. 1964.
- <sup>110</sup> Pearl Harbor as history. Japanese-American relations 1931–1941. Ed.: D. Borg, S. Okamoto. New York 1973. Vgl. die Rez. in HZ 223 (1976) 255 f.
- <sup>111</sup> Das von E. R. May und J. C. Thomson herausgegebene Sammelwerk American-East Asian relations. A survey. London 1972 will lediglich einen bis in die 60er Jahre reichenden chronologischen Abriss bieten.
- <sup>112</sup> J. P. Fox: The formulation of Germany's Far Eastern Policy 1933–1936. London School of Economics, Diss. 1972.
- <sup>113</sup> F. L. Presseisen: Germany and Japan. A study in totalitarian diplomacy 1933–1941. The Hague 1958.
- <sup>114</sup> K. Drechsler: Deutschland – China – Japan 1933–1939. Das Dilemma der deutschen Fernostpolitik. (Ost-)Berlin 1964.
- <sup>115</sup> Zur Rolle der deutschen Beraterschaft in China (1927–1938) ist ein Sammelwerk in Vorbereitung. B. Martin: Militär und Außenpolitik.
- <sup>116</sup> Ders.: Zur Vorgeschichte des deutsch-japanischen Kriegsbündnisses. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. 21 (1970) 606–615.
- <sup>117</sup> Ders.: Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Dritten Reiches. In: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Hrsg. von M. Funke. Düsseldorf 1976, S. 454–470. Hier wird u. a. anhand privater Papiere die Vorgeschichte des Antikominternpaktes erstmals ausführlich beschrieben.
- <sup>118</sup> Ders.: Japan – Zur Rezeption und wechselseitigen Beeinflussung von Herrschaftspraktiken und Weltmachtbestrebungen. In: Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien. Hrsg.: E. Forndran, F. Golczewski. Opladen 1977, S. 87–109.
- <sup>119</sup> W. Kraus: Tradition und Fortschritt in der japanischen Wirtschaftsentwicklung. In: Asien – Tradition und Fortschritt (Anm. 5), S. 337–352.
- <sup>120</sup> K. Ikeda: Die industrielle Entwicklung in Japan unter besonderer Berücksichtigung seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik. Berlin 1970.
- <sup>121</sup> Dazu jetzt erstmals eine gelungene deutsche Arbeit von Annelotte Piper: Japans Weg von der Feudalgesellschaft zum Industriestaat. Wandlungsimpulse und wirtschaftliche Entwicklungsprozesse in ihrer politischen, geistigen und gesellschaftlichen Verankerung. Köln 1976.
- <sup>122</sup> G. C. Allen: A short economic history of modern Japan 1867–1937. With a supplementary chapter on economic recovery and expansion 1945–1970. London <sup>3</sup>1972.
- <sup>123</sup> The industrialization of Japan and Manchukuo 1930–1940. Population, raw materials, and industry. Ed.: F. B. Schumpeter. New York 1941.
- <sup>124</sup> Lockwood: The economic development of Japan (Anm. 40).
- <sup>125</sup> B. Martin: Aggressionspolitik als Mobilisierungsfaktor. Der militärische und wirtschaftliche Imperialismus Japans 1931–1941. In: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Hrsg.: F. Forstmeier, H.-E. Volkmann. Düsseldorf 1975, S. 222–244.